

Erscheint täglich außer Montags.
Preis pränumerando: Viertel-
jährlich 2,50 Mark, monatlich
1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Illustr. Sonntags-Beilage „Neue
Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement:
3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Oesterreich-
Ungarn 2 Mk., für das übrige
Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzeler.
in der Post-Zeitung: Preisliste
für 1895 unter Nr. 7129.

Arbeits

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Freitag, den 20. September 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Das Jubiläum der Befreiung von Rom.

Rom, den 16. September.

Die vom italienischen Parlamente beschlossene staatliche Feier des 25. Jahrestages der Befreiung von Rom durch die italienischen Truppen fällt in eine Zeit, welche im ganzen Gebiete des Königreichs eine außerordentlich beträchtliche Erstarung der kirchlichen Partei aufweist. Niemals seit der Begründung des Königreichs Italien hat die kirchliche Partei mit soviel Siegesgewissheit das Haupt erhoben wie gegenwärtig. Die Feier des 20. September, weit entfernt, den Sieg über einen gänzlich niedergeworfenen Gegner zu bedeuten, kann nur als ein Mittel zur Weiterführung eines in neuer Heftigkeit entbrannten Kampfes gelten.

In Rom selbst haben die Gemeindevahlen, welche bei der Enthaltung der kirchlichen von den Parlamentwahlen den einzigen Maßstab für die Stärke der Parteien abgeben, von jeher gezeigt, daß die italienische und die päpstliche Partei einander nahezu die Waage halten. Auch in einzelnen Provinzhauptstädten hat es schon früher ab und zu Wahlsiege der kirchlichen gegeben.

Aber niemals vorher sind die Wahlerfolge der kirchlichen so zahlreich und so durchschlagend gewesen, als bei den Gemeindevahlen in diesem Jahre; und es sind nicht kleine Landstädte, sondern gerade die größten Städte, Venedig, Turin, Mailand, Neapel, in welchen die Kandidatenlisten der päpstlichen Partei gestiegen haben. In der größten Stadt des Reichs, in Neapel, hat die neugewählte Gemeindevorstellung sich offen geweigert, eine Vertretung zu der Septemberfeier nach Rom abzuordnen und nur durch Ueberrumpelung und in ungeschicklicher Weise ist es später gelungen, diesen ablehnenden Beschluß rückgängig zu machen. Diese Siege der kirchlichen bei den Gemeinde- und Provinzrathswahlen würden noch viel entscheidender sein, wenn nicht den kirchlichen selbst daran läge, einen völligen Sieg zu vermeiden. Die kirchliche Partei will nämlich nicht die Verantwortlichkeit für die Verwaltung der Gemeinden übernehmen, was sie thun müßte, wenn sie die Majorität in den Gemeinderäthen erhielte. Sie stellt daher in der Regel nur eine beschränkte Anzahl von Kandidaten auf, um starke Minoritäten zu bilden, welche ausreichen, die gegnerische Verwaltung zu kontrollieren und zu lähmen; aber die Stimmenzahlen, mit welchen diese beschränkten Listen fast überall gestiegen haben, beweisen, daß die

*) Der obige Artikel ist von einem seit vielen Jahren in Italien ansässigen Landsmann. Morgen bringen wir einen weiteren Artikel über das gleiche Thema aus der Feder des italienischen Abgeordneten Enrico Ferri.

Skizzen

[Nachdruck verboten.]

aus dem südamerikanischen Hinterlande.

44

Am andern Tage war Fräulein Juanita noch ungehalten über ihren Bräutigam, als sie hörte, daß er in aller Frühe, noch vor der Sonne, weggeritten sei, ohne sich von ihr zu verabschieden. Allerdings hatte sie noch bis in den Tag hinein geschlafen, aber was hatte das zu sagen! Jedenfalls konnte kein Geschäft so wichtig sein, daß es Herrn Winterfeld hätte hindern können, seiner Braut einen Gutenmorgenkuß zu geben, wenn er ein feuriger und gefühlvoller Bräutigam gewesen wäre. Der Mann war alt. Er hatte ja schon lichte Haare an den Schläfen und dabei war er ein pedantischer Deutscher. Und Herr Ramirez that gar nichts, um seinen Liebling milder zu stimmen. Er hörte mit halbem Ohre zu, als sie sich über ihn zu beklagen anfing, gab weder ihm recht noch ihr. Er dachte natürlich an ganz etwas anderes. So blieb die schöne Dame heute tagüber in einer sehr erregten Stimmung. Wären die paraguayischen Stühle nicht gar so armselige kleine Leute gewesen und nur ein ganz klein wenig denen von dem Pflaster von Buenos Aires ähnlich, so hätten sie heute bei der entzückenden Portena wohlfeile Triumphe feiern können. Aber es waren zu fade Bursche, und wußten den Vortheil, der sich ihnen bot, nicht zu schätzen, und so mußte vorläufig die junge Dame sich begnügen, in ärgerlicher Stimmung an das schöne und aufregende Buenos Aires zu denken und sich dabei vorzunehmen, ihrem Bräutigam seine Sünden nicht so leicht zu vergeben.

Herr Winterfeld befand sich unterdessen auf dem Wege und hatte wirklich alle anderen Gedanken, als die an seine Braut im Kopfe. Er meinte von Hause aus, daß es ihm große Schwierigkeiten machen würde, mit der Wittwe des Dr. Wilson sprechen zu können und deswegen sann er über alle Möglichkeiten nach, die ihm gestatten konnten, eine

kirchliche Partei an vielen Orten, wenn sie wollte, die Gemeindevvertretungen völlig in ihre Hand bekommen könnte.

Mit den kirchlichen Wahlerfolgen bei den Gemeindevahlen, hat sich in diesem Jahre auch die Kühnheit des Auftretens der kirchlichen Partei auf den in Italien abgehaltenen katholischen Kongressen gesteigert. Die Italiener waren bisher gewohnt, die Wünsche für die Wiederherstellung des Kirchenstaates nur aus München und Köln erschallen zu hören; dieses Jahr aber haben sich katholische Kongresse in Mailand und Turin in demselben Sinne ausgesprochen und ein Kardinal hat dort das bekannte Wort des Königs Humbert von der „Unantastbarkeit Roms“ als der Hauptstadt Italiens“ periphrasirt, indem er sagte, für ihn gebe es nur ein Rom, das nicht angetastet werden dürfe: das Rom der Päpste. Aus diesem neuen Aufschwung der kirchlichen Bewegung dürfte es sich auch erklären, daß der General Cadorna, welcher vor 25 Jahren die berühmte Bresche in die Stadtmauer von Rom schloß, die Einladung des römischen Bürgermeisters zum Jubiläum mit einem Schreiben beantwortet hat, daß er an den Papst als an den Bürgermeister von Rom gerichtet zu sein scheint, indem es den damaligen Vorgang, anstatt ihn zu preisen, durch allerhand mißverständliche Umstände zu entschuldigen sucht.

Der hauptsächlichste und dauernde Grund der Erstarung der kirchlichen Bewegung in Italien liegt in der Unzufriedenheit der italienischen Bevölkerung mit ihrer wirtschaftlichen Lage, in der Enttäuschung der meisten Hoffnungen, welche man auf den neuen italienischen Staat gesetzt hatte. Wie wenig die liberalen Parteien zur Hebung der arbeitenden Massen gethan haben, geht daraus hervor, daß die kirchlichen schon dadurch, daß sie in Oberitalien die Raiffeisen'schen Darlehnskassen auf dem Lande einführen, einen wahren Schrecken im liberalen Lager hervorgerufen konnten.

Ein besonderer Grund für die kirchlichen Erfolge liegt in dem langen Verbleiben des tief in die Banklandale verwickelten Crispi am Staatsruhr; dieser Umstand hat es den kirchlichen ermöglicht, die Banklandale als eine wesentliche Eigenschaft des italienischen Staates hinzustellen. Ueberdies ist Crispi, der einst das Denkmal Giordano Bruno's in Rom errichten ließ, zum Zweck der Verheirathung seiner Tochter an einen sizilianischen Principe (Fürst) genöthigt gewesen, die Intervention der Kurie anzufragen, um seine eigene zweite, bei Lebzeiten der ersten Frau geschlossene Ehe kirchlich legitimieren zu lassen, und er hat dieses Zugeständniß durch eine in Neapel in Gegenwart des Erzbischofes abgegebene kirchenfreundliche Erklärung erlangen müssen — ein Vorgang, der ihn für die Fortsetzung des Kampfes gegen die Kirche jeder Autorität berauben mußte.

Unterredung mit ihr zu bewerkstelligen. Im schlimmsten Falle wollte er eine solche erzwingen, da er sich einmal vorgenommen hatte, sie unter allen Umständen zu sprechen. Gewiß würde man ihn, so wie man seinen Namen hörte, einfach abweisen, oder Matias Batino würde ihn abfertigen, ohne daß er sie zu Gesicht bekam. Wie er es eigentlich in diesem Falle anstellen wollte, im Grunde auch nur, was er ihr eigentlich sagen sollte, da es wohl kaum möglich war mit der Thür ins Haus zu fallen, wußte er am Ende ebenso wenig wie am Anfang, auch dann nicht, als schon das Gebäude der Estancia vor ihm lag. Das langgestreckte Haus sah aus wie ein großer Mensch, der sich im Kampf zur Siefta niedergelegt hatte. Die Sonntagsstimmung, die auf dem Kamp ruhte, hatte etwas Stilles und Einschlafendes an sich; keinen Menschen erblickte man, wosin man auch seine Augen wenden mochte. Das Licht der prallen Sonne stand auf der hellen Mauer und leuchtete weit voraus auf den Weg, und die Augen des Hauses, die Fenster waren geschlossen, wie die Lider eines Schlafenden. Hinter den engen Fenstergittern sah man überall heruntergelassene Jalousien. Das Haus war weit ausgestorben und hatte etwas Verstecktes an sich, als wenn es ein großes Geheimniß zu verbergen hatte.

Winterfeld ritt an das äußere Thor der Drahtumzäunung heran, wo er anhielt und einige Male laut in die Hände klatschte. Fast in demselben Augenblick öffnete sich die verschlossene Thür des Hauses, und ein Mensch in der gewöhnlichen paraguayischen Tracht kam heraus, der gar nicht auf den Reiter zu achten schien, der da draußen hielt. Er hatte seinen Kopf etwas vor sich gebeugt und schien den Weg zu mustern; und so schritt er langsam unter der Weinlaube hindurch, durch den Blumengarten und über die Wiese des äußeren Parks, bis er vor Herrn German Winterfeld anhielt und die Thüre öffnete. Es war ein älterer Mann, der nichts Auffallendes an sich hatte und den Winterfeld nur oberflächlich musterte. Doch bevor er noch seinen Mund zu der Frage geöffnet hatte, ob Frau Wilson zu sprechen sei, sagte dieser kurz und ruhig:

Das Ministerium Badeni.

Wien, 17. September.

Das Interim ist zu Ende, in zwei Wochen werden wir wieder im glücklichen Besitze einer „definitiven“ Regierung sein. Als die Koalition „aller bestehenden Parteien zur Abwehr gegen den Ansturm der Befehllosen“ schmählich zusammengebrochen war, wurde ein Verwaltungsbeamter, Graf Kiehmanssegg, bestimmt, die dringendsten laufenden Geschäfte der Regierung zu besorgen, das Budget zu erledigen und in wilder Eile das Haus nach Hause zu schicken.

So endete der zweite Versuch der österreichischen Bourgeoisie, an der Regierung Oesterreichs theilzunehmen, mit einem kläglichen Krach. Die Liberalen waren traurige Helden, als sie in die Koalition gingen, sie kommen leidendem zerschlagen, jedes Reflex von Ansehen verlustig, aus ihr heraus als eine Partei, die alle verachten und keiner bemitleidet. Gewiß, bei den Konserativen sowohl wie bei den Polen ist auch die Zerlegung deutlich sichtbar; bei den einen der Klerikalismus, bei den andern der Nationalismus langt keineswegs mehr aus, um feudale und kleinbürgerliche respektive kleinbäuerliche Elemente zusammenzuhalten und mühsam suchen die Führer die Risse zu verkleistern. Den Liberalen ist aber der Boden vollständig unter den Füßen weggezogen; sie sind politisch fertig, das haben erst gestern die Wiener Gemeinderathswahlen gezeigt, deren vorläufiges Resultat ist, daß das Kleinbürgerthum in allen seinen Schichten sich von den Liberalen abgewendet hat. Die Koalition hinterließ somit ein zu Tode erschöpft, sich selbst zum Gefel und zum Gelächter gewordenes Parlament; ihre Regierung, die die vereinigte Quintessenz der Staatsweisheit aller großen Parteien sein wollte, entzündete durch ihre Doppelzüngigkeit und Schwäche den Nationalitätenhader von neuem und brachte es zuwege, die ältesten Staatsgäule der Liberalen zu zwingen, wieder einmal als nationale Heißsporne zu posieren; sie übernahm die Erbschaft des Prager Ausnahmestandes und beehrte die Czaren durch die grausamste Behandlung der Omladina-Skabenstreiche, die Graf Thun durch Lockspiegel gezüchtet, in einen erneuerten Anfall von nationalem Fanatismus hinein und nichts gelang ihr, als die Verhinderung der Wahlreform, deren Durchführung sie als ihre erste und wichtigste Aufgabe erklärt hatte.

Gerade diese Persiflage aber war es, die ihr den Rest gab und zwar nicht nur nach unten, sondern, was in Oesterreich weit mehr sagen will, als irgendwo, auch nach oben. Der Kaiser hatte sein Wort versprochen für die Taaffe'sche Wahlreform und diese „parlamentarische Regierung“, die er, zu der er sich seit Jahrzehnten bequemt, verhindert, daß sein Wort verwirklicht wurde. Nicht als ob der Kaiser ein Fanatiker des allgemeinen Wahlrechts wäre; aber die Krone ist thatsächlich an der Erhaltung des grotesken Wahlunrechts in Oesterreich bei weitem nicht in dem Grade interessiert, wie die kleinen Klauen der Bourgeoisie und des Adels. Die Einbringung der Wahlreform durch Taaffe war nichts weiter als die Konstatierung dieser Thatsache. Auf der anderen Seite gebt nicht viel politische Weisheit dazu, zu erkennen, daß die politische Wechsellösung des gedienten Soldaten ein unerschöpfliches Agitationsmittel für alle Umsturzparteien sei. Aber die Koalition besaß nicht einmal dieses Minimum von Klugheit; sie kompromittirte die Krone, wie sie

„Treten Sie näher, Don German...“

Der Angeredete sah überrascht in das Gesicht des Sprechenden.

„Wie, kennen Sie mich...?“

Sollte es meinen, daß ich Sie kenne... steigen Sie ab und binden Sie Ihr Pferd vorläufig an den Baum... ich werde einen Knecht schicken, der es abfattet und ihm Wasser giebt...“

Winterfeld studirte aufmerksam die Züge des Mannes, doch ohne jedes Ergebnis. Er erinnerte sich nicht seiner.

„Sie mögen mich in Asuncion gesehen haben“, sagte er dann mit seiner gewöhnlichen kalten Stimme. Er dachte in diesem Augenblicke daran, daß er der reiche Bankier Winterfeld war und daß ihn fähig jeder kennen mußte und zu kennen hatte. War sein Bild doch auf seinen Banknoten schon in vielen Händen.

„In Asuncion und sonstwo... Aber treten Sie näher... Ich nehme an, daß Sie gekommen sind, die Sennora zu sprechen...“

Die Sicherheit verließ ihn, und während er an der Seite des Begleiters unwillkürlich langsam dahinschritt, studirte er noch einmal das Gesicht desselben. Ein alter Gaucho, nichts mehr und nichts weniger.

„Ja, man wird alt, Don German; der eine wird rascher als im Gesicht und der andere im Gedächtniß. Das letztere ist bei mir allerdings noch eben so jung geblieben, als wie bei unserem Zuge durch den Campo malo im Chaco, wo Ihr die kleine Indianerin mitbrachtet... ist wohl gestorben das kleine Thier... ja so was, was gewohnt ist in der Wildniß zu leben, hält sich nicht in der Gefangenschaft... Ihr seid jung geblieben an Körper, aber alt geworden am Gedächtniß... habt wohl viel in Eurem Kopf... will's Euch glauben...“

„Bonifacio...“

„Habt Ihr es endlich gefunden... nun Euer Gedächtniß kommt wieder...“

„Und Ihr reist nicht mehr im Chaco umher, wie früher...“

Politische Uebersicht.

Berlin, 19. September.

Weitere Verhaftungen. Genosse Galdenberg, der verantwortliche Redakteur der „Thüringer Tribüne“, wurde, wie uns eine Privatdepesche meldet, heute verhaftet. Das Landgericht zu Erfurt hatte bekanntlich die Verhaftung abgelehnt. Auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft hat das Naumburger Ober-Landesgericht dieselbe nun angeordnet.

In Leipzig wurde Genosse Kahrenstein, Redakteur der „Leipziger Volks-Zeitung“, wegen Zeugnissverweigerung in einer Privat-Beleidigungssache sistirt. Es handelte sich um die Feststellung der Verfälschung eines Artikels. Da sich Genosse Schoenlant hierauf als Verfasser dem Gerichte nannte, wurde Kahrenstein aus der Haft entlassen.

Der Minister des Innern, v. Köller, hat einer Korrespondenz zufolge in einem Erlaß an die Polizeibehörden diese angewiesen, ihm über jeden größeren Streit direkten Bericht zu erstatten. — Also Köllerthaten auf allen Gebieten in Aussicht!

Der Appell an die Waffen versuchen unsere Gegner der Sozialdemokratie befehlend anzulegen, um ihrerseits für die Staatsrettung einen Vorwand für Gewaltmaßregeln an der Hand zu haben. Da werden allerhand zu irgend einer Zeit gefallene Aeußerungen sozialdemokratischer Wortführer aus dem Zusammenhange gerissen zugefugt und dann dem deutschen Philister servirt, damit er das Gruseln nicht verlernt. So hatte das Bismarckorgan in Hamburg aus einer Anklage Bebel's in Wien am 13. September 1893 einen Appell an die Wajonnette herauszubekommen versucht. Um diese Märchenbildung im Keim zu zerstören, veröffentlicht die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ nach einer stenographischen Aufnahme den Theil der Rede Bebel's, in dem die Mittel zur Durchführung der sozialdemokratischen Ideen erörtert werden. Bebel sagte demnach wörtlich:

Parteilosen! Wenn in einem Punkte der Beweis geführt ist, wie richtig im Augenblicke die österreichischen Genossen vorgehen, indem sie überall in ihren Ländern die Stimme nach dem allgemeinen Wahlrecht erheben, dann ist der Beweis ohne große Beweisführung erbracht durch die Haltung unserer Gegner, welche sich hartnäckig weigern, das allgemeine Stimmrecht zu gewähren (Stürmischer Beifall), aus Angst, weil sie genau wissen, daß das allgemeine Stimmrecht das revolutionärste Mittel ist für das Proletariat, die Kraft und Macht des Geldsackes und der Wajonnette niederzuschlagen. (Stürmischer Beifall.) Diejenigen, welche auf die Gewalt hinarbeiten, vergessen ganz und gar, daß wir nicht am Ende des 18., nicht in der Mitte des 19., sondern am Ende des 19. Jahrhunderts leben, die vergessenen ganz und gar, daß wir in der Ära des Militarismus, in der Ära der Repetirgewehre uns befinden, und vergessen weiter, daß das Proletariat, wenn es gegen diese Macht kämpfen will, wenn es den Straßenkampf, den Barrikadenkampf will, Waffen nothwendig hat, welche wir nicht wissen, wo sie zu holen sind. (Ein Genosse ruft: Wir wissen's schon.) Ja, verehrtester Genosse, wo sie liegen, wissen Sie, wie Sie sie aber kriegen, wissen Sie nicht. (Stürmische, langanhaltende Heiterkeit.) Ich denke, wenn man, wie ich, ein volles Menschenalter in der Bewegung steht und gekämpft hat, hat man das ganz natürliche Verlangen, endlich auch den Sieg in der Hand zu haben. Wer ist unter uns, der nicht wünscht, daß wir nicht erst morgen, sondern wünschentlich heute siegen? Den Wunsch haben wir alle. Aber als kluge und vernünftige Leute haben wir uns unsere Gegner, die gesammte Situation und die eigene Macht vor Augen zu halten und zu fragen, was uns zu Gebote steht. Wie kommen wir überhaupt zur Macht? Die Masse der heutigen Staatsbürger ist ihrem inneren Interesse nach auf die Sozialdemokratie angewiesen, sie sollten sozialdemokratisch sein. Warum sind sie es nicht? Weil unsere Gegner nicht nur alle Machtmittel, sondern auch alle Bildungs- und Erziehungsmittel in Händen haben, um die Massen zu bearbeiten und in Unwissenheit zu erhalten. Wir haben also die erste Aufgabe, das Aufklärungsgeheimnis in die Hand zu nehmen auf allen Gebieten. Wir haben die Parteigenossen und die Indifferenten zu unterrichten, wie die heutige Gesellschaft beschaffen ist, wie ihr politisches Verhältniß, der Staat, beschaffen ist, welche Machtmittel ihm zur Verfügung stehen, welche Unterdrückungsmittel, wie er die Machtmittel benützt, um die Masse auszubeuten, auszunutzen, zu unterdrücken, in Unwissenheit und Abhängigkeit zu erhalten. In dem Maße, wie wir an der Hand der Thatfachen

sauber angefertigt und, wie es schien, von der Hand des Doktor Wilson, da einzelne Namen auf ihr in englischer Sprache geschrieben waren, statt in spanischer. Die Kampfpläne war gelb gehalten, der Wald grün, und die einzelnen Bäche schlängelten sich als dünnere oder dickere rothe Linien über die Leinwand. Unwillkürlich suchte er die, welche den Arroyo Tacuaras darstellte. Da war sie ja mit ihren Windungen. Wie sauber und genau die Karte war. Er verglich den Marsch, den er gemacht hatte, um mit seinem Schwiegervater zusammen den vergrabenen Schatz zu suchen; beinahe jeder Schritt war genau angegeben. Er verweilte längere Zeit auf dem Fleck, unter dem die Kisten mit ihrem goldenen Inhalt ruhten. Wenn der Zeichner geahnt hatte, was hier wenig Baren unter ihm ruhte, als er die Gegend auf seinen Meßtisch brachte! Jedenfalls hatte die Anfertigung dieser Karte Herrn James Wilson eine Menge Zeit gekostet. Dann blieb sein Blick auf einer Anzahl von Kreuzen haften, die mit rother Tinte gemacht waren und sich sämmtlich im Walde befanden. Eins dieser Kreuze war nicht weit von dem Orte, wo man nach der Schlucht des Arroyo abstieg. Sie hatten keine weitere Bezeichnung bei sich und Wintersfeld sann vergeblich darüber nach, was sie eigentlich zu bedeuten hätten.

„Ich sehe, Sie sind in meine Karte vertieft,“ sagte da eine Stimme hinter ihm, und als er sich hastig umwandte, stand der alte Mann vor ihm, den er gestern an der Kasse seiner Bank gesehen hatte Billets ummehrseln.

„Ich bin Matias Batino, der Richter von San Fernando,“ fuhr der Alte fort; ich glaube, Sie haben von mir schon gehört. Sie waren so vertieft in die Karte, daß sie mein Hereinkommen nicht hörten, und ich habe zudem den Gang des Indianers an mir, den man nicht hört, wie den Tiger im Geco, der seine Beute beschleicht. Ich habe die Ehre, Ihnen einen guten Tag zu wünschen. Behalten Sie vorberhand Platz.“

Herr Wintersfeld war sehr überrascht. Die Identität der Person, die er gestern in der Bank einen Narren genannt hatte, mit dem Richter von San Fernando, und die geläufige und gefällige Form, mit der sich dieser Alte ausdrückte und benahm, machte ihn verwirrt.

(Fortsetzung folgt.)

das Volk verführte. Unter ihrer Herrschaft wuchs die Wahlrechtbewegung, auf deren Führung die Sozialdemokratie ihre Kraft konzentrierte, zu in Oesterreich unerhörten Dimensionen und Formen. Für Wien war das Kampieren der Polizisten auf den Straßen und die Bereitschaft des Militärs in den Kavernen zur Allfälligkeit geworden. Dabei waren diese verdammten Sozialdemokraten aus der „Bergallt“, nicht herauszubringen. So viele politische Prozesse gemacht wurden, so viele Säbelsiege es regnete, die öffentliche Meinung war auf ihrer Seite und mußte es sein. Die Koalitionsregierung verstand es, eben so dumm als brutal zu sein und sich stets ins Unrecht zu setzen; Schandlagen und Glücke folgten ihr, als sie fiel.

Das alles muß man sich vor Augen halten, um zu verstehen, was jetzt in Oesterreich vorgeht. Das Ministerium, das sich vorläufig als fröhliche Tischgesellschaft dem Publikum vorgestellt hat — ein echter Austrianismus — wird Anfangs Oktober offiziell ernannt werden. Sein Chef und Schöpfer ist Graf Badeni, bisher Statthalter von Galizien und berichtigt durch die durchgreifende Energie, will sagen brutale Rücksichtslosigkeit, mit der er jeden Versuch der ausgebeuteten Bauern und Arbeiter dieses armen Landes, sich ihren Feindern zu widersetzen, niederschlägt. Er „macht“ soeben die Landtagswahlen und jeder Tag bringt Nachrichten über furchtliche Händel, Verhaftung der Wahlmänner durch Gendarmen, Gewaltthaten jeder Art, die im Namen des Statthalters begangen werden. Corrigir la fortune, das Schicksal korrigiren, wie Riccaut de la Marinière, war von jeher der Anfang und das Ende der Regierungskunst der polnischen Kavaliere. Graf Badeni ist zwar polnischer Kavaliere, aber zugleich ein emporgelommener Bureaukrat. Jedenfalls ist er der Mann des Kaisers, der dessen unbedingtes Vertrauen genießt. Er ist in der Reichspolizei ein neuer Mann und in der Zeit der heillosen Schwäche aller bürgerlichen Parteien wird seine „starke Hand“ von ihnen als Erlösung begrüßt. Badeni seinerseits scheint nicht nur als Vertrauensmann des Kaisers der Erbe Laasze's zu sein; er gleicht ihm auch in der Verachtung der parlamentarischen Komödie, die er benützt, aber geringerschätzt, wie es die Träger des österreichischen Parlamentarismus verdienen. Er läßt offiziell verkünden, er habe nicht nur keinen parlamentarischen Minister gemacht, sondern er vermeide es und werde es vermeiden, mit den Parteien auch nur zu verhandeln. Er ist ihrer Unterwerfung sicher, wenn er die Faust zeigt.

Das ist das Regime, das verkünden läßt, seine erste Handlung werde die Einbringung einer Wahlreform sein. Daß das nicht freiwillig, nicht aus spontaner Gerechtigkeit und Erkenntnis der Ansprüche der Rechtlosen geschieht, ist klar. Kein Mann würde nach der Wahlreform trahnen, wäste in Oesterreich nicht der erste wie der letzte, daß die Arbeiter-schaft entschlossen und im Stande ist, ihr Wort wahr zu machen: „Keine Ruhe in Oesterreich, bis das allgemeine Wahlrecht erkämpft ist.“ Badeni anerkennt mit dieser Ankündigung einfach die Thatfache, daß die Wahlreform, die die Sozialdemokratie auf die Tagesordnung gesetzt hat, nicht zu umgehen ist, auch für den Mächtigen nicht. Welcher Art die Wahlreform sein wird, ist freilich eine andere Frage. Die offiziellen Aeußerungen lassen leider vermuthen, daß Badeni thöricht genug ist, nicht auf den Antrag Laasze zurückzugreifen, der politisch der einzig vernünftige und parlamentarisch der einzig mögliche ist. Es scheint, daß er eine Kurie des allgemeinen Wahlrechts an die heutige Interessensvertretung ankliden will. Dieser Plan, von allen Kurienplänen allerdings der relativ am wenigsten verwerfliche, ist zuerst von den Deutschnationalen vorgebracht, dann von Sozialkonservativen, wie Professor Philippovich aufgenommen und sogar von den Liberalen durch den Mund Schlumacher's abgelehnt worden. Er besteht in dem Widerspruch, aus der Vertretung der gesammten Wählerschaft, die allein das Parlament ausmachen sollte, ein Anhängel an die privilegierten Kurien zu machen. Das allgemeine Wahlrecht wird gewährt, aber zugleich seine Vertreter majorisirt durch die Mandatäre des Wahlrechtes. Zudem, wenn die neue Kurie je zwei alte Wahlkreise in einen zusammenfassen und also etwa 120 Mandate zählen würde, gäbe das noch immer Wahlkreise von unumstößlicher Größe. Schließlich aber braucht jede Kurien-Wahlreform eine Zweidrittelmajorität im Hause, findet also große Schwierigkeiten, die muthwillig heraufbeschworen werden.

Falle nun die Wahlreform Badeni aus, wie immer, sicher ist, daß auch ihre Gestalt und ihr Schicksal von größtem Einfluß sein wird, wie sich die Wahlrechtbewegung weiter entwickelt. Nur unter dem Druck der rechtlosen Massen, die die Wahlreform selbst einem polnischen Zunker unabwendbar erscheinen läßt, wird sie endlich vollendete Thatfache werden. Die Sozialdemokratie weiß das und überall rüstet sich nach der Pause, die das Interim nöthig machte, wieder die Klassenbewußte Arbeiter-schaft, um die Wahlrechtbewegung energisch und unerschrocken weiterzuführen. Am 22. September wird eine Massenversammlung im Prater zu Wien das Signal geben zur Wiederaufnahme des Kampfes, der geführt werden wird bis ans Ende.

„Man wird alt und damit auch zahm . . . schließlich zieht auch ein Gaucho eine Brotstelle allem anderen vor.“

„Ihr seid also bei der Frau Wilson.“

„Ja jetzt . . . früher bei dem Doktor.“

Wintersfeld wollte noch etwas fragen, aber sie waren eben vor dem Hause angekommen, und der Gaucho öffnete die Thür.

„Einen kleinen Augenblick wollen Sie warten, ich will mich nur erkundigen, wohin ich Sie führen soll.“

„Woher wissen Sie denn, daß ich die Senora sprechen will.“

„Weil Sie hier eintreten wollen,“ sagte er, indem er die nächste Thür öffnete. Er ging voran, schob die Jalousien in die Höhe und verschwand dann wieder aus dem Zimmer.

„Ein wenig Geduld,“ sagte er, indem er die Thür schloß.

Es war ein großes geräumiges Zimmer, eine Art Bibliothekszimmer, in dem sich Wintersfeld befand. An den Wänden zogen sich große Schränke hin, die Bücher und eine Menge zugebundener Mappen bargen. Die Bücher waren wissenschaftlichen Inhalts in allen möglichen Idiomen, wie Herr Wintersfeld feststellte, als seine Blicke über die Einbände flogen. In den Mappen befand sich das Herbarium des Verstorbenen. Man ließ ihn eine Zeitlang warten, ohne daß sich jemand um ihn kümmerte und er hatte Muße genug, sich überall umzusehen.

Das Zimmer war ganz europäisch eingerichtet und die Bücher-sammlung entschieden sehr werthvoll und kostbar. In der Mitte stand ein großer Tisch aus edlem Holze mit kunstvoll geschnittenen Beinen. Ein großes Schreibzeug stand darauf und an seiner Seite lag eine weißläufige Karte der Estancia Cerro Desgracias. Da niemand kam, begann Wintersfeld dieselbe zu studiren. Sie war sehr

an allen unseren Staatseinrichtungen, an allen Gesellschaftseinrichtungen der Masse klarmachen, daß Staat und Gesellschaft ihrem Wesen nach widerspruchsvoll sind, in dem Maße werden wir der Masse klarmachen, was in ihrem Interesse von Grund aus umzugestalten nothwendig ist, und eines Tages haben wir die Köpfe für uns und mit den Köpfen alles übrige. Talleyrand, der berühmte französische Staatsmann, hat sich einst geäußert, man kann mit Wajonneten vieles machen, nur eines kann man nicht, man kann sich nicht daraufsetzen. Nun liegen die Dinge heute so, daß die Sozialdemokratie gar nicht die Möglichkeit besitzt, die Wajonnette in ihre Gewalt zu bekommen; also muß sie die Köpfe derjenigen, welche die Wajonnette zu tragen haben, in ihre Gewalt bekommen. (Stürmischer Beifall.) Und in dem Augenblicke, Parteigenossen, wo Ihr die Köpfe für Euch habt, da schließen die Hinten nicht mehr. (Stürmischer Beifall.) Das ist die Macht, welche wir zu erobern haben. dahin zu gelangen, muß unsere Aufgabe sein, und je energischer wir es betreiben, desto mehr nähern wir uns dem Ziele. Und da haben wir nun doch die erfreuliche Genugthuung, daß es zum Glück nicht bloß von unserer Energie, unserem guten Willen, unserer Einsicht abhängt, wie und wann wir die Masse für uns erobern, sondern daß die Aufklärungsarbeit auch unsere Gegner wider ihren Willen besorgen durch die Art und Weise, wie sie regieren, wie sie ausbeuten, durch die Methode, wie sie wirtschaften, und daß sie durch die Unzufriedenheit, den Unmuth, den Jörn, den sie in immer weitere Kreise des Volkes tragen, daß Gefühl hervorrufen, so kann es auf die Dauer nicht mehr weitergehen, das ist unmöglich länger zu ertragen. Je mehr sich unsere sozialen und politischen Verhältnisse entwickeln, welche den Menschen in immer schiefere, unhalbarere und immer unzufriedener machende Stellung bringen, je mehr wir andererseits die uns zur Verfügung stehenden Mittel benützen, um das Aufklärungs-geschäft zu betreiben, um so schneller wird der Zeitpunkt herankommen, wo wir auf der ganzen Linie als Sieger dastehen. Die Aufklärung muß also unsere Hauptaufgabe sein.“

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ bemerkt dazu mit recht: „Was also die verlogene Bismarck-Presse als einen Appell an die Wajonnette benimmt, ist in Wahrheit genau das Gegenteil gewesen.“ Daß die „Hamburger Nachrichten“ eine solche Deutung vorgenommen haben, zeigt, daß sie ihre gegenwärtige Schule nicht ohne Augen durchgemacht haben. Sie wissen jetzt, wie man aus einer Chama de eine Fanfare fabrizirt.

Die Lügner an der Arbeit. In der „National-Zeitung“ von heute Abend lesen wir:

Der „Vorwärts“, der jüngst zu leugnen versuchte, daß in dem Zukunftsprogramm der Sozialdemokratie die Diktatur des Proletariats die erste Stelle einnimmt und daß die Pariser Kommune das Vorbild dieser Diktatur ist, lehrt jetzt wieder zu der älteren Taktik der Verrücktheit der Kommune zurück; Herr Bebel hat bekanntlich seinerzeit erklärt, sie habe sich einer Mäßigung befleißigt, welche man in Deutschland gegebenenfalls nicht nachahmen werde, und der „Vorwärts“ wagt heute, zu schreiben:

Die Kommune hat — das ist eine Thatfache, die durch keine Verleumdung-Klunee erschüttert werden kann — die Kommune hat außer im Kampf keinen Tropfen Menschenblutes vergossen — sie hat keinen Pfennig gegraubt — sie hat sogar das Privateigenthum ihrer Feinde sorgsam behütet.

Die Kommune begann mit der Ermordung der Generale Thoma und Decoste; sie endete mit der Ermordung des Erzbischofs Darboy und der anderen „Geißeln“, deren die Kommunarden sich bemächtigt hatten. Wie die Bank von Frankreich „gemäßigt“ gebrandtschagt wurde, haben wir vor einiger Zeit dem „Vorw.“ gegenüber festgehalten. Daß für die Vertheilung völlig nutzlose Anzünden ganzer Straßen, als die Verfallener Truppen heranzögen, gehört wahrscheinlich zu dem Schutze des Privateigenthums, welchen der „Vorw.“ der Kommune nachrühmt. Von den zahllosen persönlichen Ausschreitungen der hohen und niederen Gewaltthäter derselben gegen das Leben und Eigenthum der Bürger zu schweigen.

So die „National-Zeitung“.

Der „Vorwärts“ wagt nur die Wahrheit zu sagen, was heutzutage allerdings ein Wagniß ist. Die „National-Zeitung“ aber wagt tausendmal widerlegte Lügen zu kolportiren, wozu allerdings auch ein gewisser Muth gehört, freilich ein trauriger. Die „National-Zeitung“ kennt das einschlägige Material und sie weiß, daß die Kommune noch nicht bestand, als die Generale Decoste und Thoma von ihren eigenen Soldaten getödtet wurden, und daß sie nicht mehr bestand, als die Geißeln getödtet wurden. Was die angebliche Brandtschagung der Bank durch die Kommune betrifft, so ist sie weiland vor dem Kriegsgesicht in Versailles von dem Direktor der Bank selbst als Verleumdung bezeichnet worden. Und der Direktor der Bank wird es wohl besser wissen als die Gelehrten der „National-Zeitung“. Die Anzündung von Stadttheatern betreffend, so haben die Kommunarden nachgewiesenermaßen und nach dem Zeugnis gegnerischer Militärs weit weniger Gebäude zerstört, als bei einer sachmilitärischen Vertheiligung geschehen wäre. Und desgleichen steht fest, daß ein großer, wo nicht der größere Theil der damaligen Brände durch Versailles Brandtschagse verursacht wurde. Was die „zahllosen persönlichen Ausschreitungen“ angeht, so sind sie auf demselben Mist gewachsen, wie voriges Jahr die Lüge, Diebstahl habe in Stuttgart zur Ermordung Casimir Perier's aufgeführt.

Das Lügen gehört eben zum Handwerk der „National-Zeitung“ und ihrer Leute.

Neden wir nicht darüber! Das ist der Rehrreim allerhand welt-schmerzlicher Betrachtungen, denen wir in der ordnungsführerischen Presse begegnen. Neden wir nicht darüber! Nicht über die Hammersteinereien, nicht über die Stöckereien, nicht über die Kameel-Inskript, kurz über keine der Blamagen, die sich die Stützen der Gesellschaft fortlaufend zuziehen und denen folgt ein Bornegung über die Sozialdemokratie, die dies Gerede verursache und allein Nutzen daraus ziehe. Nun sind wir doch sicher unschuldig daran, daß sich unsere Gegner fortgesetzt bis auf die Knochen blamiren, aber dafür zu sorgen, daß alle die Verunsicherungsversuche dieser Blamagen fruchtlos bleiben, das ist unsere Pflicht. Im übrigen können wir dabei auf die Unterstützung des Publikums rechnen, das es den bürgerlichen Zeitungen schon eintränten würde, wenn sie den Verunsicherungsbrath befolgen sollten. Wenn nun aber obendrein die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ einer Zuspätschiff einer „sehr geschätzten konservativen Seite“ Aufnahme gewährt, in der unter albernem Verdrückungen der Redaktion des „Vorwärts“, gegen die wir uns nicht zu vertheidigen brauchen, darüber geflagt wird, daß wir die Hammerstein-Briefe überhaupt veröffentlicht hätten, so wollen wir dem gegenüber nur konstatiren, daß wir sicher niemals unsere Hand zur Veröffentlichung von Briefen bieten würden, die auf solche Weise in unsere Hände gekommen wären, wie z. B. die Briefe des Thierarztes Antoinne, die in Neß polizeilich be-

schlagnahm waren, oder die Briefe verschiedener sozialdemokratischer Abgeordneter, die bei einer Hausdurchsuchung in den Räumen der „Volls-Zeitung“ polizeilich beschlagnahmt waren und die dann alle plötzlich das Licht der Öffentlichkeit erblickten in den Spalten der — „Nordd. Allgemeinen Zeitung“.

Den früheren Einfluß der beiden Hintertreppenpolitiker zu dekonstruieren bemüht sich in kläglichster Weise eine Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Es heißt darin:

„Der „Hannoversche Courier“ bringt in seiner Abendausgabe vom 16. d. M. einen „Hammersteins Ende und die konservative Partei“ überschriebenen Artikel, der nach heftigen Angriffen gegen die konservative Partei am Schlusse zu einer sehr auffälligen Wendung über die bevorzugte und maßgebende Stellung gelangt, welche Herr v. Hammerstein und Herr Stöcker mit ihrer Gefolgschaft namentlich auch bei Hofe eingenommen haben sollen. Derartige Behauptungen müssen nachdrücklich zurückgewiesen werden. Insbesondere ist zu bemerken, daß die genannten beiden Persönlichkeiten niemals eine Stellung eingenommen haben, wie sie der Verfasser des Artikels voraussetzen zu können glaubt, und daß sie — abgesehen von den früheren amtlichen Funktionen des Herrn Stöcker — bei Hofe kaum jemals gesehen worden sind. Insofern aber die Bedeutung sich auf eine Gefolgschaft derselben beziehen soll, erscheint sie unverständlich.“

Audern Leuten werden die Andeutungen von einer „Gefolgschaft“ vollständig klar sein.

Neuend ist auch, daß die antliche „Reiziger Zeitung“ Herrn v. Hammerstein vorwirft, er habe das konservative Programm mit unerfüllbaren Versprechungen belastet, um die Landwirthe, Handwerker und sonstigen „Mittelstände“ seinen Herrschafts-Gefüßeln dienstbar zu machen. Er habe zu diesem Zweck den Demagogen von Beruf ein Schlagwort nach dem andern abgeliefert und hätte als gewandter Agitator auf dem abschüssigen Wege zum Demagogentum auch der Falsch nicht entbehren gemocht, ohne die eine solche Diktatur auf die Dauer nicht haltbar sei, des allgemeinen Wahlrechts. Also ein neuer Grund zur Befestigung des allgemeinen Wahlrechts ist — Herr v. Hammerstein.

Der Junkerring bleibt der alte. Wir haben uns nicht in ihm getäuscht. Die Erklärungen gegen das Kartell und für Hochhaltung der alten Fahne, die den Greifingern des Ritters Hammerstein entsinken ist, mehrten sich ringsum im Lande. Das freut uns. Wir lieben klare Gruppierungen im öffentlichen Leben. So veröffentlicht jetzt in der „Deutschen Tageszeitung“ einer der Vorstehenden des Bundes der Landwirthe, Dr. Rösche-Görzdorf, eine stramme Erklärung, deren Schluß lautet:

„Nein, der Weg des Antrags König und daneben die Erstrebung möglichst obligatorischer Kornhäuser, das allein kann unsere Forderung sein! Wir dürfen und wollen uns nicht zersplittern lassen. Die wir einzig im Bunde zusammenhalten, so halten wir auch fest an unseren Zielen. Die Irrungen und Wirrungen, durch die man unsere Sache treiben will, — unser klares Wesen muß sie zerstreuen. Mögen andere untreu werden ihrem Ziele! Der Bund hält fest an dem, was er für recht erkannt: Furchtlos und treu!“

Dr. Rösche-Görzdorf.

Doch nicht nur an der Sache auch an Personen halten die Leute vom Ringe fest, sofern es eben noch zu gehen scheint. Da hatten wir sie sogar unterschätzt. Wir meinten der Ring und seine agrarisch-antifemischen Nebenringe brauchten nicht nur einen neuen Geschäftsführer, sondern auch einen neuen „Gottesmann“ für Kirche und Volksversammlung. So heikel sind sie indes nicht. Die bewährte Kraft ihres Stöcker lassen sie nicht fahren. Selbst die „Konservative Korrespondenz“ versichert jetzt feierlich:

„Herr Hofprediger Stöcker ist bekanntlich Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses unserer Partei; daran, ihn aus dieser Stellung zu verdrängen, denkt niemand, ebenso wenig denkt Herr Hofprediger Stöcker selbst an ein Ausscheiden.“

Natürlich denkt er nicht daran. Das ist ein „Kleber“ von außergewöhnlicher Ausdauer, wie er damals bewiesen hat, als er als Hofprediger vor die Alternative: Reden und Gehen, oder Schweigen und Bleiben gestellt wurde. Da blieb der zweite Luther im Amt. Jetzt hat er's ja noch weit leichter. Es kommen ihm schon Vertrauensumgebungen aus dem Lande zu. Allen voran hat der deutsch-konservative Verein zu Elberfeld an Hofprediger a. D. Stöcker folgende Zuschrift gerichtet:

„Nach einer Besprechung der bekannten Veröffentlichung des „Vorwärts“ und Ihrer Erklärung im „Voll“ vom 15. September gestattete sich der unterzeichnete Verein, Sie seines unbedingten Vertrauens und seiner vollen Unterstützung im Kampfe gegen das Spekulantentum und die Presse des übersättigten und daher mehr anmaßenden als kräftigen Bürgerthums „von Bildung und Verstand“ zu versichern. Es wird Sie das Bewußtsein trösten, daß Ihr Kampf gegen die selbstfüchtigen, das Vaterland schädigenden Interessentkreise Ihren Gegnern die lokalen Mittel nimmt und sie auf illogale beschränkt; daß diese Mittel immer größer und unreiner werden, verdrängt die Verzerrung im gegnerischen Lager. Eine Gesellschaft von „Vernunftmonarchisten“, flets bereit, ihre „monarchische Gesinnung zu revidieren“, aber von absolutistischen Regungen befeuert, wenn es sich um Schutz ihrer eigenen Königreiche und Geldjagdgebiete handelt, muß man abstoßen und so lange hell beleuchten, bis sie verschwinden. In diesem Streben wissen wir uns mit Ihnen einig.“

Bravo!

Die Frage der Soldatenmißhandlungen, die vom Militarismus ungerecht ist, beschäftigt jetzt aufs lebhafteste die französische Presse — infolge eines Prozesses, der sich soeben vor einem französischen Kriegsgericht in Afrika abgespielt hat. In der französischen Armee waren, da die Prügelstrafe seit über 100 Jahren verboten ist, gewisse Strafen eingeführt worden, die im Uebermaß angewandt, noch weit grausamer sind als die Prügel. Namentlich gilt dies von der sogenannten Crapaudière — eine Strafe — ähnlich dem „polnischen Bod“, wobei das Opfer derart gefesselt wird, daß es bloß kriechen kann, wie eine Kröte (crapaud — daher der Name). So eingesperrt ist der Mann ganz hilflos und muß warten bis er erlöst wird. Liegt er dabei in der Sonne, so hat er die entsetzlichsten Qualen auszuhalten. Für die französische Armee in Frankreich ist die Crapaudière deshalb auch abgeschafft worden, aber nicht für die französischen Truppen im Auslande, namentlich in Afrika. Vor einigen Wochen kam nun aus Tunis die Nachricht, ein französischer Soldat, namens Chadel, der wegen eines geringfügigen Disziplinsüßlers zur Crapaudière verurteilt war, sei unter entsetzlichen Qualen in der sengenden Sonnengluth gestorben. Die öffentliche Meinung alarmierte sich, und ein Kriegsgericht mußte zusammentreten. Die Verhandlungen bestätigten die schlimmsten Berichte. Chadel war hilflos in die Sonnengluth gelegt worden, und als er schrie, stopfte man ihm

einen Knebel in den Mund. Nun war er still. Und als man nach einigen Stunden ihn losband, blieb er still. — er war gestorben — sei es am Knebel, oder am Sonnenlicht, oder vor Aufregung, das wurde nicht festgestellt. Der Offizier, welcher die Strafe verhängte und dem Unglücklichen den Knebel in den Mund stecken ließ, ist vom Kriegsgericht freigesprochen worden. Und ein Schrei der Entrüstung geht durch das Land. Einstimmig fordert die sozialistische, die demokratische und radikale Presse die Abschaffung der barbarischen Soldatenstrafen und überhaupt eine Revision des Militär-Strafgesetzbuchs, das in Frankreich zum Theil noch härter ist als in Deutschland, und insbesondere die Todesstrafe viel häufiger verhängt.

Da der Militarismus sich jeder solchen Milde rung widersetzt und seiner Natur nach widersehen muß, so wird eine durchgreifende Reform nicht so bald erfolgen, allein die ohnehin große Abneigung der Franzosen gegen den Militarismus wird wesentlich verstärkt werden.

Wie wir erfahren, werden unsere Genossen die Angelegenheit in der französischen Kammer zur Sprache bringen.

Unsere Gegner. Zu Toulouse (Frankreich) hielt dieser Tage Jaurès eine Rede über den Streit von Carmaux, dessen Geschichte er den Hörern klar vorführte, mit der ihm eigenen Macht der Beredsamkeit die Urheber geißelnd. Wohl — die Gezielten konnten nicht leugnen, daß Jaurès die Wahrheit gesagt. Und da versetzten sie denn darauf, ihm anzuliegen, daß er zu seiner Rede sich mit Auserwählten, Rebhühnern und feinsten Weinen vorbereitet habe, was gewiß für die armen Streikenden sehr tröstlich sei. Von einem der Teilnehmer des „sozialistischen Schwelgermahls“ wurde sofort berichtet, daß dasselbe ein ganz gewöhnliches Mittagessen gewesen sei. Allein die Bourgeoisblätter kümmern sich nicht um die Berichtigung, und das „sozialistische Schwelgermahl“ des Jaurès wird eine zeitlang ständiger Artikel der französischen Bourgeoispresse sein, wie das Landgut Bebel's, das 300 Mark-Kleid der Frau Liebknecht und das Auserwählter Geyer's eiserne Inventar der deutschen Bourgeoispreffe geworden sind. Das sind die letzten „geistigen Waffen“ der Bourgeoisie.

Deutsches Reich.

— Reichstags-Graswahl in Dels. Nach der nunmehr vollständig vorliegenden Zählung erhielten: von Kardorff (Reichsp.) 7126, Buchstein (Antif.) 5751, Doormann (freis.) 2274, Griesmann (Sog.) 198 Stimmen. Somit ist Herr v. Kardorff wiedergewählt, aber mit verringerter Stimmenzahl, während der Antifemist bedeutend gewonnen hat.

— Die „Konservative Korrespondenz“ verwahrt sich dagegen, daß aus dem von uns mitgetheilten Briefe des Herrn Dr. Griesmann an Herrn v. Hammerstein ein Schluß auf die heutige Leitung der „Konservativen Korrespondenz“ geschlossen werden dürfe. Sie schließt eine langathmige Erklärung mit den Worten:

„Wir erklären hiermit auf das bündigste, daß Herr Freiherr v. Hammerstein seit 1887, nachdem sein rechtmäßiges Mandat für diese Zeit erloschen war, niemals und in keiner Form einen Einfluß auf die Redaktion der „Konservativen Korrespondenz“ ausgeübt, auch einen solchen auszuüben niemals versucht hat.“

Indem wir diese ganz überflüssige Versicherung gebührend registriren, wollen wir nur betonen, daß uns bei jener Veröffentlichung es nur darauf ankam, zu beweisen, wie wenig Herr Griesmann, der heutige Leiter der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und wie viel Herr v. Hammerstein jezt für die antlichen Aeußerungen der konservativen Partei zu bedeuten hatte. Diesen Nachweis vervollständigt sogar die „Konservative Korrespondenz“ selbst, denn in der obigen langathmigen Erklärung heißt es:

„Zu der Zeit, aus der die Griesmann'sche Erklärung nur datiren kann, bestand der engere Ausschuß des konservativen Parteivorstandes aus den Herren v. Hellborn, Wedra, v. Reckow und Hr. v. Hammerstein. Laut der damaligen — nunmehr in allen Stücken außer Geltung gesetzten — Instruktion war der geschäftsführende Ausschuß und in dessen Auftrage das delegirte Mitglied — zur Zeit Hr. v. Hammerstein — berechtigt, jedes Manuscript des geschäftsführenden Redakteurs sowohl, wie des Mitredakteurs vor dem Drucke einzusehen, bez. darüber zu disponiren.“

Das genügt uns vollkommen. Freundlichen Dank! —

— Der Oberlehrer Eichhoff in Bielefeld, der in einem der von uns mitgetheilten Hammerstein-Briefe genannt worden, hat in der „Westf. Ztg.“ folgende Erklärung veröffentlicht:

„In der Sammlung Hammerstein'scher Briefe, die vor kurzem veröffentlicht ist, befindet sich in einem Antwortschreiben des Herrn von Hammerstein an einen Briefschreiber in Bielefeld folgende Stelle: „Der Verrath, der aus dieser Vertrauens-Versammlung heraus geht, ist und wird die schamlosen Intriguen, welche auf diesen Verrath gestützt, bis zu der Person des Kaisers gesponnen wurden, haben allein die tiefe Spaltung . . . hervorgerufen . . .“ Hatte Herr Eichhoff nicht die Versammlung bei Dilsdorf oder Hingeler denunziert . . . u. s. w.“ Da, wie ich höre, dieses Märchen hier in der Stadt vielfach geglaubt wird, so sehe ich mich zu der Erklärung veranlaßt, daß ich der betreffenden Vertrauensmänner-Versammlung nicht beigewohnt habe, mithin auch nicht in der Lage gewesen bin, denunziren zu können. Ich habe von der Versammlung damals erst durch die Zeitungen erfahren.“ Die „N. Westf. Volks-Ztg.“ setzt noch hinzu, daß man konservativseits niemals der Meinung gewesen ist, daß Herr Oberlehrer Eichhoff jene Vertrauensmänner-Versammlung in Schildesche „denunziert“ habe. Wie Hammerstein zu solcher Meinung gekommen war, ist ihr nicht bekannt.

— Ganz im Stile des Herrn von Hammerstein ist es, daß er sein Mandat nicht niederlegen will. Zu der Mittheilung der „Kreuz-Zeitung“, daß Herr v. Hammerstein sein Mandat als Landtags-Abgeordneter niedergelegt habe, bemerkt das „Stolper-Blatt“: „Nach Ermüdungen, die wir eingelegt haben, scheint sich diese Nachricht nicht zu bestätigen.“

— Dem Verfasser der auch von uns besprochenen, die Verhältnisse des Offiziersstandes behandelnde Schrift: „Glänzende Glend“, dem bayerischen Premierlieutenant a. D. Krafft, ist nach der Meldung Münchener Blätter von einem Offiziers-Ghengericht der Titel Offizier abgesprochen worden. Bei dem außerordentlichen Unterschied, der zwischen der Offiziers-Ehre und der gemein menschlichen Ehre besteht, kann die Nachricht uns nicht wundernehmen. Uebrigens erfahren wir durch das „Bayrische Vaterland“, daß Krafft sich durch die Entziehung des Offizierstitels durchaus nicht beleidigt fühlt, und eine neue Broschüre verfaßt hat, die binnen 14 Tagen erscheinen wird. Sie behandelt die Verhältnisse der Unteroffiziere und Mannschaften, und verspricht noch interessanter zu werden als die Schrift über die Offiziere. Freilich von glänzendem Glend wird sie nicht handeln.

— An der Zerbröckelung des Centrums. Thurnes zweifelt selbst der ehemalige Germania-Redakteur Paul Majunk nicht mehr. In den „Historisch-politischen Blättern“ findet er sich jezt mit der Möglichkeit ab, daß die wirtschaftlichen Fragen die Spaltung der Partei herbeiführen werden. Da wird er wohl bald in Grund und Boden dementirt werden von den Parteileitern.

Holland.

— Haag, 19. September. Das heute von dem Finanzminister der Kammer vorgelegte Budget für 1896 schätzt die Staatsausgaben auf 188½ Millionen Gulden, und berechnet einen Fehlbetrag der Einnahmen von 7½ Millionen. Der Fehlbetrag auf die ordentlichen Ausgaben beläuft sich auf 2 Millionen Gulden, wird sich aber wahrscheinlich infolge von Steuererhöhungen und Ersparnissen in einem Ueberschuß verwandeln. Zu passendem Zeitpunkt soll eine Anleihe von 15 Millionen Gulden behufs Deckung der Fehlbeträge der vorausgegangenen Jahre ausgenommen werden müssen.

Italien.

— Allgemeine Begeisterung wird aus Rom telegraphisch gemeldet. Natürlich — Begeisterung, wie am deutschen Sedanfest. Crispi darf doch nicht hinter seinen deutschen Kollegen zurückbleiben; und da er neben seinen zahlreichen sonstigen Talenten auch das der Nachahmung besitzt, so hat er es nicht unterlassen, seinen Sedanfest ebenfalls zu einer Sozialistenbahn zu benutzen. Zu den gestern gemeldeten Behauptungen sind neue hinzugekommen. Man kann sich also denken, wie groß der „Fubel“ in Italien ist. Sehr charakteristisch für das Wesen des „Nationalstaats“, der heute vergöttert wird, ist es, daß das 25jährige Jubiläum des italienischen „Nationalstaats“, ebenso wie das des deutschen unter der Herrschaft siegreicher Reaktion stattfindet.

Rußland.

— Die Anebelung der Presse. Der „Vorwärts“ brachte seinerzeit eine Mittheilung über die Petition, welche 70 russische Schriftsteller dem Jaren Nikolaus eingereicht haben. Dieser Petition war eine Denkschrift beigelegt, welche den Jaren über die gegenwärtigen Verhältnisse in Rußland aufklärte. Außer dem Hinweis darauf, daß die Gesetze der Administration einen zu großen Spielraum für eine willkürliche Behandlung der Presse lassen, beschwert sich diese Denkschrift, welche von dem Londoner Fonds der freien russischen Presse veröffentlicht worden ist, auch darüber, daß selbst diese Gesetze, welche die Presse schon ohnedies äußerst drücken, zudem noch von den Regierungsorganen zu Ungunsten der Presse übertreten werden.

So ist nach dem Gesetz bei dem Uebergang einer Zeitschrift von einem Verleger zu einem anderen nur eine Anmeldung dieses Uebergangs erforderlich, das Ministerium des Innern verlangt aber bei Ertheilung der Erlaubnis zur Herausgabe einer Zeitschrift von dem Verleger einen Revers, daß er ohne Erlaubnis des Ministeriums die Zeitschrift einem neuen Verleger nicht übergeben darf, und gestattet alsdann in vielen Fällen den Uebergang der Presseorgane an neue Verleger nicht. Ein grober Mißbrauch wird von dem Ministerium des Innern auch mit dem Rechte getrieben, welches ihm auf Grund des § 140 des Pressegesetzes zusteht. Dieser Paragraph lautet: „Wenn aus höheren Rücksichten für die Regierung die Veröffentlichung oder die Besprechung einer Thatsache von Staatsinteresse in der Presse auf eine gewisse Zeit für unangebracht befunden wird, werden die Redakteure der zeitschriftlichen Presseorgane auf Befehl des Ministers des Innern von der Hauptverwaltung in Preßangelegenheiten davon benachrichtigt.“ Beipricht ein Preßorgan eine Frage gegen das ministerielle Verbot, so kann sein Erscheinen von dem Minister des Innern bis auf ein halbes Jahr verboten werden. Statt nun, daß die Verbote, gewisse Thatsachen in der Presse zu besprechen, auf die in dem Gesetze erwähnten Thatsachen von Staatsinteresse (wie zum Beispiel Mobilisierungspläne und dergleichen) beschränkt wären, erlassen sie sich auf tausenderlei, oft ganz unbedeutende Angelegenheiten. So zum Beispiel wurde verboten, einen großen Verlust beim Kartenspiel und eine Streitigkeit im Weßflus zu erwähnen. Es kommt auch vor, daß verschiedene Privatpersonen das Verbot solcher Erörterungen in der Presse bewirken, welche ihr Interesse schädigen könnten. So gelang es z. B. einem Kandidaten für den Posten eines Oberbürgermeisters, die Besprechung der Wahl zu verhindern, was ihm den Sieg über seinen Gegenkandidaten erleichtern sollte. Auch sehten Direktoren von Aktiengesellschaften das Verbot der kritischen Besprechung ihrer Unternehmungen durch und lockten gleichzeitig den Publikum durch schwindelhafte Annoncen das Geld aus der Tasche. Dem Gesetze, welches von einem Verbote der Veröffentlichungen nur auf eine gewisse Zeit spricht, widerspricht es auch, daß thatsächlich diese Verbote auf unbeschränkte Zeit, ohne jemals später widerrufen zu werden, erlassen werden, so daß die Redakteure, denen die betreffenden Vorschriften der Hauptverwaltung in Preßangelegenheiten nicht ausgehändigt, sondern nur von Beamten vorgelesen werden, bei dem massenhaften Aufhäufen dieser Verbote gar nicht in der Lage sind, im Kopfe zu behalten, über was alles ihnen zu schreiben verboten ist.

Einen widergesetzlichen Mißbrauch treibt das Ministerium des Innern auch mit einer im Gesetze vorgesehenen Beschränkung des Buchhandels. Das Ministerium hat nämlich das Recht, bei Ertheilung der Erlaubnis, auf Straßen, Eisenbahnstationen und anderen öffentlichen Orten und in Handlungsbüchern und Zeitungen zu verkaufen, von dieser Erlaubnis gewisse Bücher und Zeitungen auszunehmen. Diese Beschränkung des Buchhandels mißt das Ministerium aus, um als Strafe für einen scharfen Artikel in einer Zeitung den Detailverkauf derselben auf ein paar Monate zu verbieten, und zwar überall, auch in ihren Expeditionsräumen, welche von dem Gesetze garnicht erwähnt werden.

Auch erlaubt sich der Minister des Innern, für die gesetzlich von der Zensur befreiten Presseorgane in gewissen Fällen ohne jede gesetzliche Berechtigung die Zensur wieder einzuführen. So wurde im Jahre 1894 von den in Petersburg erscheinenden Zeitungen verlangt, daß alle Artikel über die Thätigkeit der sanitären Polizei im Kampfe gegen die Cholera der Zensur des Petersburger Polizeipräsidenten vor ihrem Erscheinen vorgelegt werden sollten.

Wie bekannt, beschloß Kaiser Nikolaus, die Petition der Schriftsteller „ohne Folgen zu lassen“. Abgesehen davon, daß er es für unvereinbar mit der Autokratie hielt, die Existenz einer von den Verwaltungsbehörden unabhängigen Presse zu gestatten, fand er es auch ganz in der Ordnung, daß seine Minister sich der Presse gegenüber selbst direkte Uebertretungen des Gesetzes erlauben. Die Gesetzlosigkeit tödtet uns“, meint die Regierung selbst in einem Lande, wo die Gesetze ohne Mitwirkung der Volksvertreter von ihr allein geschaffen werden.

Türkei.

— Die kretensische Frage, auf die wir schon seit Monaten gewartet haben, ist nun auch plötzlich wieder da. Seit etwa 30 Jahren stellt sie sich regelmäßig ein, wenn auf der Balkanhalbinsel irgend eine der verschiedenen „Fragen“, welche die russische Diplomatie dort auf Lager hat, „brennend“ wird. Es leben auf Kreta Christen und Türken — letztere bei 300 000 Einwohnern etwa ein Drittel bildend — nebeneinander, und selbstverständlich kommt es mitunter zu Reibungen, die einen ernsthaften Charakter haben. Und da es an russischen Agenten nicht fehlt, so wird zu geeigneter Zeit dafür gesorgt, daß „kretensische Greuel“ mit obligatem „Aufstand“ in Szene gesetzt werden. Jezt wird wieder tüchtig gewühlt. Ein Wolff'sches Telegramm und ein Privattelegramm der „Vossischen Zeitung“, das derselben Quelle entstammt, melden von „zahlreichen

Mordthaten in der Nähe von Canea, (eine der wichtigsten Städte Kreta's), und von „großer Aufregung der christlichen Bevölkerung“, da die Ermordeten meist Christen sind. Die Christen haben „Versammlungen“ gehalten, und beschloffen, die Sache im „Kretensischen Parlament“ zur Sprache zu bringen — es geht auf der Insel nämlich etwas demokratisch zu. Außerdem haben sich einige Christen auch an den russischen Konsul gewandt, der ein russisches Kriegsschiff kommen ließ. Dem russischen Kriegsschiff folgen zwei englische auf den Fersen. Kurz die „Frage“ ist fertig, und die Jünger der Türkei schiden sich an, einen neuen Schnitt zu machen, und Kreta noch direkter als es bisher der Fall war, unter „die Kontrolle der europäischen Mächte“ zu bringen. Ob die Kretensen dabei ihre Rechnung finden werden, ist freilich eine andere Frage. Allein darauf kommt es den biedereren Herren Diplomaten auch nicht an.

China.

— Aus Shanghai wird den Londoner „Times“ gemeldet: Der Kaiser genehmigte den sofortigen Bau einer Eisenbahn von Shanghai über Fuzhou und Tschinkiang nach Nanking, um den Forderungen Japans zuvorkommen.

Nun, bis jetzt ist es den Chinesen noch niemals gelungen, den hurtigen Japanern „zuvorkommen“. —

Partei-Nachrichten.

Friedrichshagen. Die Parteigenossen werden besonders auf die am Sonntag, den 21. September, abends 8½ Uhr, im Gesellschaftshaus stattfindende Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins aufmerksam gemacht. Den Vortrag hält Schriftsteller Georg Ledebour über „Unser Programm mit besonderer Berücksichtigung unserer Beziehungen zur ländlichen Bevölkerung“. Ferner zwei Anträge des Vorstandes: 50 M. dem Vertrauensmann und 20 M. den Opfern des Essener Meißelprojektes zu überweisen. Betreffs des ersten Punktes ist ein zahlreiches Erscheinen von großer Wichtigkeit und liegt es im Interesse jedes Genossen, für diese Versammlung kräftig zu agitieren.

Die sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten. welche den bevorstehenden Parteitag besuchen, werden gebeten, zwecks einer Besprechung sich während des Parteitages mit Genosse K. L. (Stuttgart) ins Benehmen zu setzen.

Von der Agitation. Genosse Stolle sprach in Würzburg über die Sozialdemokratie und ihre Gegner, über ihre Bestrebungen im Reichstag und in den Einzel-Landtagen und in Randesacker über „Die Agrarverhältnisse in Deutschland und die deutsche Schutzpolitik“.

Agrarprogramm. Die Parteiversammlung der Genossen von Leipzig Stadt und Land lehnte die von der Agrarkommission dem Parteiprogramm eingefügten Zusätze ab und erachtet, daß der Parteitag ebenfalls den Programmtext der Agrarkommission ablehnt.

Die Parteiversammlung für den Kreis Reichenbach-Neurode lehnte das Agrarprogramm ab und sprach sich für die folgende Resolution aus:

„Der Parteitag wolle beschließen: Um die Landagitation mehr zu fördern, ist die Agrarkommission resp. der Parteivorstand verpflichtet, aus amtlichen Statistiken, Nachweisen, Zeitungsberichten u. d. d. Material zu sammeln, welches zeigt, wie der Kleingrundbesitzer vom Großgrundbesitzer ausgebeutet wird (Wegbau, Steuern, Vertretung, Renten u. d. d.) und welches überhaupt ein Bild von der Lage der ländlichen Bevölkerung giebt. Dieses Material ist für die Parteigenossen, Redaktionen zugänglich zu machen, damit bei der Landagitation in Neben- und Flugblättern mehr praktische Gedanken, als die bloße Theorie zur Anwendung kommen.“

Eine Parteikonferenz von Neuss a. R. faßte folgende Resolution: „Die heute in Neuss stattgefundene Parteikonferenz erklärt, in der Agrarfrage eine abwartende Stellung einzunehmen, da die Gründe, welche die Agrarkommission zu ihren Beschlüssen führte, noch nicht genügend erklärt worden sind.“

Der 6. pommersche Parteitag nahm folgende Resolution an:

„Der Parteitag erwartet von dem Parteitag in Breslau, daß derselbe alle Versuche, das Programm der Partei zu gunsten einiger Stände zu ändern, wie es z. B. durch das sogenannte Agrarprogramm geschieht, ganz entschieden zurück weist.“

Solche Maßnahmen verlegen das, ein Aufheben aller Stände, in der Art wie sie heute vorhanden sind, erstrebende Prinzip unserer Partei, brechen dasjenige Maß von Freiheit bezüglich der individuellen Anschauungen der Parteimitglieder, welches notwendig für eine gesunde Weiterentwicklung der Partei vorhanden sein muß, und bergen die Gefahr in sich, unsere Partei von einer nach großen Gesichtspunkten geleiteten Politik hinwegzulenken in das Fahrwasser der bürgerlichen Interessenpolitik hineinzuführen und auf diese Art den revolutionären Charakter desselben zu beseitigen.

Um jedoch unsere Agitation auf dem Lande wirksam zu gestalten, wäre ein genaueres Studium der Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen so verschiedenartig ländlichen Verhältnisse, sowohl der Boden- und Kreditverhältnisse, sowie der persönlichen Verhältnisse der Besitzer und auch der Arbeiter sehr erwünscht.

In dieser Beziehung zuverlässiges statistisches Material zu beschaffen und den Genossen zur Verfügung zu stellen, muß Hauptaufgabe einer Agrarkommission sein.“

Die Parteikonferenz des 16. hannoverschen Wahlkreises erklärt (einstimmig) die von der Agrarkommission vorgeschlagenen Einschaltungen zum Parteiprogramm in ihrer vorliegenden Fassung für unannehmbar.

Neben manchem Ueberflüssigen enthalten die Zusätze auch einzelne Punkte, die geeignet erscheinen, den Charakter des Klassenkampfes unserer Partei zu verwischen, denn es ist entschieden nicht Aufgabe der Sozialdemokratie, durch Palliativmittel zur Erhaltung des Privateigentums beizutragen.

Andere Zusätze wiederum führen in ihren Konsequenzen zur Stärkung des heutigen Staates und sind daher unbedingt verwerflich. Der Rest muß, um sich dem bestehenden Parteiprogramm harmonisch einzufügen, eine andere Legitimation erfahren. Hierbei muß der Gedanke allein zur Richtschnur dienen, daß die Sozialdemokratie die Partei der arbeitenden und Werthe schaffenden Proletariats ist und bleiben muß, wenn sie ihre hehre Mission erfüllen will, und das ist die Befreiung der Menschheit aus den Fesseln der kapitalistischen Lohnsklaverei.

Die Genossen des Saar- und Lothringer Reviers nehmen zu dem von der Agrarkommission aufgestellten Programmtext im allgemeinen eine ablehnende Stellung ein und beauftragten ihren Delegierten, wenn bei Beratung des Entwurfs auf dem Parteitag sich nicht wesentliche, für die Partei von greifbarem Nutzen erscheinende Argumente ergeben, gegen denselben zu stimmen. Reinesfalls aber erachten sie es für angebracht, schon in diesem Jahre das Agrarprogramm oder Teile desselben in das Parteiprogramm aufzunehmen, erwarten vielmehr, daß ein event. von dem Parteitag aufgestellter Programmtext den Genossen wieder zur Begutachtung vorgelegt und erst im kommenden Jahre über dessen Aufnahme in das Parteiprogramm beschlossen wird.

Material zur Landagitation. Der Parteitag für beide Mecklenburg und Lübeck verpflichtete alle Delegierten, sich das Sammeln von statistischem Material über Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem Lande auf das eifrigste angelegen sein zu lassen; der Parteitag ermächtigte den Vertrauensmann für beide Mecklenburg, für die Sammlung derartigen Materials eventuell Geldmittel aus der Agitationskasse zu entnehmen. Es handelt sich dabei nicht um die Aufnahme einer Lohnstatistik im Sinne

der von den Gewerkschaften angenommenen Lohnstatistik. Es ist unter dem Material, das gesammelt werden soll, nur solches verstanden, was sich auf den Verlauf von Kontrakten zwischen Tagelöhnern und Gutsbesitzern bezieht.

Delegierte zum Provinzial-Parteitag. Leipzig: Stadt und Land: Johannes, Kleemann, Mohs und Schiemann; Saar- und Lothringer Revier: E. Gummel; Darmstadt-Großgerau: Philipp Müller-Meisingen.

Zum Vertrauensmann für die Provinz Pommern wurde auf dem Provinzial-Parteitag Genosse Knappe gewählt.

Eine sozialdemokratische Vertrauensmänner-Versammlung für den Wahlkreis Alzen-Wingen findet kommenden Sonntag im Gerhardt'schen Lokal zu Wörstadt statt.

Wahlkreis-Konferenz für Darmstadt-Großgerau. Am Sonntag fand zu Bischofsheim a. M. eine Konferenz der Vertrauensmänner des Wahlkreises Darmstadt-Großgerau statt. Vertreten waren Darmstadt, Eberstadt, Pfungstadt, Arheilgen, Trebur, Ginsheim, Griesheim, Bischofsheim und Grumstadt. Wurm-Darmstadt führte den Vorsitz. Es wurde beschlossen, in kurzem eine rege Agitation zu entfalten und alles daran zu setzen, daß in jedem Orte des Kreises eine Organisation besteht.

Im Saar- und Lothringer Revier saßen die Genossen in einer Parteiversammlung folgende Resolution: In anbetragt der Vorkommnisse auf dem vorjährigen Parteitag sprechen die Parteigenossen ihren Parteitag-Delegierten E. Gummel ihr volles Vertrauen aus. Sie erwarten, daß dies auf dem diesjährigen Parteitag gewürdigt werde und nur solche Genossen zu Vorstehenden gewählt werden, die im Stande sind, vorkommende Injurien gebührend zurückzuweisen. (Ans erscheint dieser Beschluß sehr unmotiviert. Auf dem vorjährigen Parteitag sowohl wie auf allen früheren ist seitens der betreffenden Vorstehenden die Geschäftsordnung so gehandhabt worden, daß jeder Delegierte zu seinem Rechte kam. Wenn unsere reichsständischen Genossen und hiervon speziell wieder die Meher durch Personen vertreten waren, denen jeder parlamentarische Takt fehlte und denen ihre persönlichen Stürereien über der Parteifrage standen, so wurde das allgemein bedauert, konnte aber von der Parteileitung nicht geändert werden. Mögen die in Frage stehenden Genossen in Zukunft für eine geeignete Vertretung sorgen, das ist das einzige Mittel, um solche Szenen zu vermeiden, wie sie in Frankfurt zum allgemeinen Kergerniß von ein paar Deuten ausgeführt wurden. M. d. W.)

Fusion ungarischer Parteifractionen. Die „Népszava“, das in Budapest in magyarischer und deutscher Sprache erscheinende Parteiblatt, bringt die Mitteilung, daß sich die beiden, bis dahin getrennt marschierenden Fractionen der Partei vereinigt haben. Der „Volkskämpfer“, das jüngst gegründete Wochenblatt der „Krankenschwester“, wird als Partei-Organ anerkannt. Genosse J. Silberberg, der bisherige Herausgeber und Leiter der „Népszava“, hat seine Stellung zum 1. Oktober gekündigt.

Zur Arbeiterbewegung in Australien. Die australischen Arbeiterblätter berichten über eine kürzlich in Sidney abgehaltene Konferenz von Gewerkschaftsvertretern, welche einen Generalrat für den Australischen Arbeiterbund wählte. Die endliche Konstituierung dieses Generalrats bedeutet einen wichtigen Fortschritt in der Konsolidierung der gesamten Arbeiterbewegung Australiens zu einer zielbewussten und einigen Kampfgemeinschaft.

Der Australische Arbeiterbund (Australian Labour Federation) — schreibt die New-Yorker „Volkzeitung“ — besteht dem Namen nach schon seit 1890. Nach dem Generalrat von 1889, welcher alle Arbeiterorganisation Australiens in Mitleidenschaft zog und dessen verhängnisvoller Verlauf die klägliche Unzulänglichkeit des alten Gewerkschaftswesens bewies, wurde die Arbeiterbewegung auf Grund des Prinzips der Solidarität der gesamten Arbeiterklasse reorganisiert. Mit dem Einzug dieses neuen Geistes in die Bewegung entstanden auch Bestrebungen, die Organisationen der verschiedenen Kolonien in einen Verband zu vereinigen. Der provisorisch gebildete Generalrat entwarf ein Programm und Statuten und sandte dieselben zur Ratifizierung an die verschiedenen Zentralkörper. Das Programm, das heute noch als Prinzipienklärung der Föderation dient, war ausgesprochen sozialistisch. Obwohl dasselbe nirgends auf entschiedene Opposition stieß, fand es nicht eine genügende aktive Unterstützung, um dem Föderationsplan einen unmittelbaren Erfolg zu sichern.

Die politische Bewegung in Australien war eben noch weit davon entfernt, von einem klaren Verständnis des Klassenkampfes geleitet zu sein. Ihre Taktik wurde durch kleinbürgerliche und kapitalistische Interessenfragen, wie Steuer- und Zollfragen, beeinflusst. Es geschah, daß in einer Kolonie die Arbeiterpartei in schützender und freihändlerischer Richtung spaltete. Diese Entwicklung der Dinge hat die einsichtigen Elemente in der australischen Bewegung mit Recht beunruhigt und eine Richtung geschaffen, welche durch Verneinung des Föderationsplanes der Bewegung einen entschieden sozialistischen Charakter aufzudrücken sucht, um damit die Gefahr einer Spaltung durch Nebenfragen ein für alle Mal zu beseitigen.

Das Zustandekommen des Australischen Arbeiterbundes, dem bis jetzt die Zentralverbände von Queensland und New-South-Wales und zwei lokale Zentralkörper in Südaustralien angehören, ist deshalb nicht nur ein Fortschritt im Ausbau der Organisation, sondern ein prinzipieller Fortschritt. Das sozialistische Programm wird anerkannt als die wahre Basis der Einigkeit in der Arbeiterbewegung.

Polizeiliches, Gerichtliches u.

— Aufgehobene Beschlagnahme. Die von der Agitationskommission für Brandenburg herausgegebene Broschüre „Esklaverei in Deutschland“, in der die Rechtlosigkeit des Gefindes und der ländlichen Arbeiter in scharfer Weise geäußert wird, war von der Staatsanwaltschaft in Prenzlau beschlagnahmt worden. Gestern stand nun in dieser Sache Termin vor der Strafkammer in Prenzlau an, die, wie uns durch Telegramm berichtet wird, nach dreistündiger Verhandlung die Beschlagnahme aufhob und die Kosten der Staatskasse auferlegte. Verteidiger war Rechtsanwalt Dr. Perzfeld, Berlin.

— Die Saalsperre in Magdeburg war Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens wegen groben Unfugs vor dem Magdeburger Schöffengericht. Am 3. Mai und 5. Juli dieses Jahres wurden Genosse Pantau zu vier Wochen Haft, Reichstags-Abgeordneter Genosse Albert Schmidt zu 150 M., Genosse H. Gärtner zu 50 M. und Genosse Baumann zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Wegen dieser Urteile hatten unsere Genossen wie die Staatsanwaltschaft Verurteilung eingelegt. Das Gericht gab der Verurteilung nicht statt und begründete dies folgendermaßen:

„Die Handlungen von Pantau und Baumann erfüllten den Begriff des groben Unfugs, denn wenn die Kontrolle, wie die Verurteilung ergibt, in nicht belästigender Weise ausgeübt sei, so sei doch das Bestehen und Bekanntheit der Kontrolle selbst eine Belästigung des Publikums. Der Gerichtshof habe auch angenommen, daß sich die Artikel nicht an die Parteigenossen allein, sondern an die ganze Arbeiterpartei gewendet hätten und ein derartiger Boykott sei vom höchsten Gerichtshof stets als grober Unfug angesehen worden. Was Schmidt und Gärtner anbelangt, so seien diese zwar weniger dabei thätig gewesen, hätten aber zur Sozialkommission gehört und das Vorgehen Pantau's gebilligt, seien also als Mitbäter anzusehen. Schmidt aber nicht derart, daß seine Strafe erhöht werden müßte, aber immerhin könne sie trotz seiner häufigen Abwesenheit auch nicht herabgesetzt werden, da er bei seiner höheren Bildungsstufe, seiner Eigenschaft als Schriftsteller und Reichstags-

Abgeordneter, dem Treiben der anderen hätte wehren müssen, statt sich daran zu beteiligen.“

— Genosse Leuterich, verantwortlicher Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Ztg.“ wurde am 18. d. M. von drei Anklagen wegen Privatbeleidigung freigesprochen.

— Die Frauen wurden von der Polizei aus der öffentlichen Kreis-Konferenz des 16. hannoverschen Wahlkreises ausgewiesen. Es wird dagegen Beschwerde erhoben.

— Die Arbeiter-Turnvereine und das preussische „Juwel“. Eine für Sonntag Vormittag in Frankfurt am Main einberufene Konferenz aller derjenigen Turnvereine, welche sich dem Arbeiter-Turnbund bereits angeschlossen haben und zu welcher die benachbarten Turnvereine ebenfalls eingeladen waren, wurde polizeilich untersagt bzw. verhindert, da die Behörde eine voranzugehende Anmeldung verlangte. Da sich die Turnvereine, welche dem Arbeiter-Turnbund (mit seinen etwa 15 000 Mitgliedern) angehören, jeder Politik fernhalten und ihr einziger Zweck die Hebung und Förderung des Turnwesens auf volkstümlicher Grundlage, als Mittel zur körperlichen und geistigen Ausbildung seiner Mitglieder ist und deshalb nach dem Vereinsgesetz eine polizeiliche Anmeldung dieser Versammlung nicht verlangt werden kann, so wird der Arbeiter-Turnverein in Frankfurt a. M. gegen das Vorgehen der Polizei den Beschwerdeweg betreten. — Die Konferenz soll auf die Denunziation eines „staatsverfallenden Turnvereins“ inhibiert worden sein.

Gewerkschaftliches.

Sämtliche Mitteilungen von Organisationen, vor allem solche über Kundmärsche oder Kundsperrungen, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

Achtung, Töpfer! Wie schon in Nr. 87 des „Bauhändwerkers“ bekannt gegeben ist, haben die Kollegen der Firma Sohr in Königsberg wegen Lohnniedrigkeit die Arbeit niedergelegt. Es wurde ihnen ein Lohnabzug von 1—9 M. pro Stück unter dem ortsüblichen Tarif angelündigt. Die Zahl der streikenden Kollegen beträgt 18. Als weiterer Grund zu dieser Arbeitsniederlegung ist die Behandlung von Seiten des Werkmasters zu verzeichnen, so daß Kollegen, welche schon neun Jahre im Geschäft thätig waren, einmütig mit den anderen Kameraden die Arbeit niedergelegten. Zur Unterstützung der Streikenden sind ca. 100 M. wöchentlich nötig. Kollegen! Es ist unsere Pflicht, unsere kämpfenden Brüder schnell und thätig zu unterstützen, denn ihr wißt aus eigener Erfahrung, schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe. Sammelt auf jedem Ban, sammelt so schnell wie möglich. Da wir schon oft in solcher Kampfeslage uns befanden und jedesmal schnelle Hilfe erhalten haben, ist es unsere Ehrenpflicht, hier ein gleiches zu thun. Sammelstellen sind in den bekannten Zeitungen zu haben. Alle zur Zeit flüssigen Gelder bitten wir sofort zu senden an den Vertrauensmann G. Melzer.

Achtung, Holzarbeiter! Zugzug ist fernzuhalten: Von Parquetbodenlegern nach Berlin (Rosenfeld u. Ko.); von Tischlern nach H. Meltingen bei Bremen (Werkschäfte Brandt); von Tischlern, Stellmachern und Drechslern nach Peine; von Korbmachern nach Zeitz (Pfeifer's Werkstatt); von Tischlern und Parquetbodenlegern nach Kusbach in Bayern (Firma Konrad Koberer); von Tischlern auf photographische Apparate nach Dresden (Inhaber E. Wünsche); von Drechslern nach Geising i. S. (Firma Anton Görner).

Achtung, Zimmerer! Zugzug ist fernzuhalten: Von Berlin, in Wandsebel vom Koch'schen Plage und Bauten; in Mannheim von dem Koch'schen Plage; in Wilhelmshurg von Böhring's Plage und Bauten.

Maurer! Der Zugzug ist fernzuhalten von Flensburg, Kellinghusen, Walsrode, Sehe, Palle a. S., Herne und Minden i. W.

Steinmehnen. Am Montag, den 16. September haben bei der Firma Holzmann u. Co. in München 11 Steinmehnen die Arbeit niedergelegt. Der Zugzug von Steinmehnen nach Kellheim und München ist streng fernzuhalten.

Die Streikkommission.

Schmiede. Die über die Fabrik von Scharrer u. Groß in Nürnberg für Schmiede und Kesselschmiede verhängte Sperre bleibt aufrecht erhalten und wird ersucht, Zugzug streng fern zu halten.

Sämtliche Weißgerber Neumünster legten am 16. September die Arbeit nieder. Grund zu dieser Arbeitsniederlegung sind Lohnniedrigkeiten. Die Kollegen werden gebeten, bis auf weiteres den Zugzug nach Neumünster fernzuhalten.

Dem Streik der Anseher in der Firma Landrich u. Cie. zu Wülhausen i. Ost. haben sich am Mittwoch auch die Spinner angeschlossen. Die Zahl der Anseher beträgt nun 130—140 Personen (90 Anseher, 28 Spinner und einige Tagelöhner). Der Anseher der Nachtarbeiter an die Bewegung ist zweifellos. Hält die bisherige Einmütigkeit unter den Streikenden vor — dieselben sind leider noch unorganisiert — so kann ihnen, bei der Mäßigkeit der Forderungen, der Sieg nicht fehlen, denn die Arbeitsruhe, welche heute schon fast vollständig ist, kann den Fabrikanten in der jetzigen Saison der Heberarbeit nicht erwünscht kommen. Vorläufig zeigt sich die Fabrikdirektion noch durchaus unzugänglich.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Frankfurt a. M., 19. Sept. (B. H.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Budapest: Die begradigten Rumänen beschloffen, weder dem Ministerpräsidenten noch dem Justizminister einen Dank für ihre Begnadigung auszusprechen. Sie werden an den Kaiser eine Depesche richten, und eine Audienz in Klausenburg nachsuchen. Die Idee, an den König von Rumänien eine Depesche zu senden, wurde fallen gelassen.

Trient, 19. September. (B. H.) Der Marktskeden Mezzotedsch brennt seit gestern Abend. Es ist wenig Hoffnung auf Rettung eines Theiles der Gebäude vorhanden.

London, 19. Sept. (B. H.) Das „Neuer'sche Bureau“ meldet aus Kairo: Als gestern ein entlassener türkischer Soldat in einem hiesigen Café erzählte, wie er an den Grausamkeiten gegen die Armenier theilgenommen habe, hörten zwei anwesende Armenier gerade zu, als der Türke die Ermordung ihrer Stammesgenossen beschrieb. Die Armenier schlossen sich der Unterhaltung an und luden den Türken ein, mit nach ihrem Hause zu gehen; daselbst angekommen, erdrosselten sie denselben. Die Armenier sind verhaftet.

London, 19. September. (B. H.) Nach einer Meldung des „Lloyd“ aus Plymouth kollidierte während eines dichten Nebels der Dampfer „Edam“ auf der Fahrt New-York—Amsterdam 1 Uhr Morgens mit dem Dampfer „Turkistan“ 50 Meilen südlich Start-Point. „Edam“ ging unter. Der „Turkistan“ blieb an der Stelle bis alle gerettet waren. Die gesamte Mannschaft und die Passagiere des „Edam“, 93 an der Zahl, wurden von dem Fischerboot „Vulture“ aufgenommen und sind in Plymouth angekommen.

Konstantinopel, 19. September. (B. H.) Wie aus Angora gemeldet wird, hat daselbst ein Erdbeben stattgefunden. Der angerichtete Schaden ist jedoch nur gering.

New-York, 19. September. (B. H.) Nach einem Telegramm aus Havanna ist der spanische Kreuzer „Varazlegui“ um Mitternacht nach einem Zusammenstoß mit einem Handelschiffe im Eingang des Hafens gesunken. Vier Offiziere und 36 Mann sollen ertrunken sein.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 19. Sept., nachmittags 5 Uhr.

Stadt. Vulle hat sein Mandat niedergelegt.
In den Ausschuss zur Vorbereitung der Neuwahl von 11 Stadträthen sind auch die Stadtv. Singer und Tolsdorf gewählt worden; Vorsitzender des Ausschusses ist der Vorsteher Dr. Langerhaus.

Die Angelegenheit, betr. die Eingemeindung der Vororte, war im Mai bis Ende September verlagert worden. Auf Vorschlag des Vorstehers beschließt die Versammlung eine weitere Verlegung bis in die zweite Hälfte des Oktober, wo der Oberbürgermeister von seinem Urlaube zurückgekehrt sein wird.

Infolge des Ausscheidens des Dr. Alexander Meyer ist je eine Stelle in vier Ausschüssen, Deputationen und Kommissionen frei geworden. Durch Allokation wird in den Wahlsprekzionsausschuss Stadt. Sach. II, in die Gesundheitspflege-Deputation Stadt. Sach. I gewählt. Für die Erziehung zur Schuldeputation haben sich Kreitzing und Singer gemeldet; außerdem wird Stadt. Vorkstell vorgeschlagen. Die Wahl fällt auf den Stadt. Kreitzing, der 49 Stimmen erhält, Stadt. Vorkstell erhält 22, Stadt. Singer 11 Stimmen, 2 Stimmen gesplittet, 2 Jettel sind unbeschrieben.

Die Stadtv. Rosenow u. Gen. haben den Antrag gestellt, die Versammlung wolle den Magistrat um Auskunft erfragen, ob es wahr ist, daß der Fahrbaum der Schlesischen Straße vor dem Hedmann'schen Grundstück, also unmittelbar vor der neu erbauten Schlesischen Brücke, bei der jetzigen Regulierung der Bürgersteige schmaler hergestellt wird, als er bisher gewesen ist, ob der Magistrat wegen Abtretung des zur Straßenregulierung erforderlichen Terrains vor den Grundstücken Schlesische Str. 28-34 mit den Besitzern der Gärten, Gärten, Hedmann und Rahlbaum in Verhandlung getreten ist, und woher es kommt, daß diese wegen der Gewerbe-Ausstellung von 1896 so überaus dringliche Angelegenheit noch nicht zum Abschluß hat gebracht werden können.

Der Antragsteller weist darauf hin, daß die neue, 25 Meter breite Schlesische Brücke durch das Hedmann'sche Grundstück in einer Strecke von 4 Metern völlig verdeckt wird, so daß die städtischen im Hinblick auf die Ausstellung mit erheblichen Geldopfern beschlossenen Kommunikations-Verbesserungen an dieser Stelle anscheinend nicht durchgeführt werden können. Trete der Magistrat an die genannten Besitzer, alte, angesehene, reiche Berliner Familien, ernsthaft heran, so würden diese wohl soviel Bürgerstimmen zeigen, dem Verlangen des Stadtsenats und der gesamten Bürgererschaft nachzukommen.

Stadtbaurath Hobrecht verneint die erste Frage, der Fahrbaum sei wie bisher durchweg 12 Meter breit gehalten. Dagegen sei ihm von der Abt. einer Expropriation der Vorgärten auf der Nordseite nichts bekannt; es sei mit den genannten Besitzern nicht in Verhandlung getreten und es beste auch keine dahingehende Absicht. Würde man hier Terrain zur Straßenverbreiterung ankaufen wollen, so möchte ein Kostenantrag von mehreren 100 000 M. herauskommen (hört, hört!), wenn man die Forderung zu Grunde lege, die für die Abtretung einer kleinen Ecke dicht an der Brücke von Hedmann gefordert worden sei.

Stadt. Lüben befürwortet nach dieser Auskunft nur noch dringender die Annahme des Antrages. Die Versammlung habe f. J. beschlossen, die Schlesische Straße zu verbreitern und eine bezügliche Vorlage vom Magistrat erbeten; damit sei natürlich Nord- und Südseite der Straße gemeint gewesen. Jetzt stehe man vor dem Faktum, daß von einer Verbreiterung der Schlesischen Straße an den betreffenden Stellen überhaupt nicht die Rede sei.

Stadtbaurath Hobrecht bleibt bei seiner Ansicht stehen, während Stadt. Rosenow sich für seine gegenwärtige Behauptung ebenso wie der Stadtbaurath auf den Wortlaut der früheren Verhandlungen und auf die Akten beruft, zugleich aber auch seinem Erstaunen Ausdruck giebt, daß von den Besitzern der Versuch einer so exorbitanten Forderung (von 120 M. pro Quadratmeter) gemacht worden ist, und es für unmöglich erklärt, daß der Magistrat einen Zustand verewigen will, daß eine schöne neue städtische Brücke zum Theil durch einen in schlechtem Winkel vorspringenden Baum verdeckt wird.

Der Antrag Rosenow wird darauf nahezu einstimmig angenommen.

Die Vorlage betr. die Anlage eines überbauten Fußweges (Arkadengang) längs des linken Ufers des Spreeschlusses Kanals von der Wallstraße bis zur Gertraudenbrücke wollen die Stadtv. Klymann und Wohlgenuth durch einen Anschluß vorbereiten lassen.

Stadt. Sach. II befürwortet die unbedingte Ablehnung der Vorlage, weil noch keine finanziellen Unterlagen gegeben

seien und die Versammlung mit derartigen „grundfählichen“ Zustimmungen sehr vorsichtig sein müsse. Außerdem hält er die in Rede stehende Stelle zur Anlage von Arkaden, der stillen Sehnsucht des Magistrats, für so ungeeignet wie nur möglich und fürchtet schließlich, daß, wenn es vorkommen kann, daß selbst in Kirchen die Mitglieder dieser Versammlung durch lägenhafte Inschriften beschimpft werden (Unruhe), sich auch bei dem Arkadenbau ein Unbehagen finden könnte, der seinen Gefühlen in ähnlicher Weise Luft mache.

Stadt. Klymann: Ueber die letzte Äußerung des Vorredners gehen wir wohl am besten mit Stillschweigen hinweg. (Zustimmung.) Die Vorlage halte ich im Gegensatz zum Vorredner für sehr erwägenswerth; sie hat auch in der Deputation allseitige Zustimmung gefunden. Es handelt sich um eine wohlbedachte, der Öffentlichkeit durchaus angepaßte Anlage. Was uns vorgelegt ist, betrachte ich als die Baupläne, der gegenüber wir im Ausschuss ganz selbständig sind. Die Hauptsache ist der Fußgängerweg. Der Kostenpunkt bleibt zwar vorbehalten, doch giebt der Magistrat einen ungefähren Anhalt; die in der Vorlage erwähnte Summe von 200 000 M. sehe ich als Maximum an.

Stadt. Singer: Wenn uns bloß eine Skizze vorläge, ließe sich über den Antrag auf Ausschussberatung sprechen; dem ist aber nicht so, der Magistrat verlangt unsere Zustimmung zur Anlage eines Arkadenganges und behält das Projekt und die Kosten späterer Beschlußfassung vor. In dieser Beziehung theile ich voll und ganz die Ansicht des Vorredners. Mit den sog. „prinzipiellen“ Zustimmungen haben wir recht bittere Erfahrungen gemacht; ich brauche wohl bloß an das samstags Projekt der Verbreiterung der Königsstraße zu erinnern, das zuerst mit 1-2 Millionen zu machen sein sollte, während heute die erforderlichen Millionen sich wohl kaum an den Fingern einer Hand herzählen lassen dürften. Diese und andere Vorlagen müssen uns veranlassen, zu verlangen, daß wir bei derartigen kostspieligen Anlagen stets die vollen Konsequenzen von Anfang an übersehen können. Aber auch materiell bin ich ein Gegner der Vorlage. Wir haben den Wäldchenweg abgerissen; wollen wir ihn an anderer Stelle wieder herstellen? (Zustimmung und Oho!) Ich bringe allen Verkehrsanlagen das wärmste Interesse entgegen, aber es müssen auch solche sein, die wässrige Luft und Licht bringen, nicht rauben, sie müssen den Verkehr fördern, nicht ihn stören. Wie solche Durchgänge für Fußgänger sich manchmal präsentieren, können Sie an dem abschreckenden Beispiel des Köpenicker Rathhauses studieren. Nehmen Sie daher die Vorlage ohne weiteres ab.

Stadt. Wohlgenuth ist ebenfalls ein Gegner des Arkadenbans. Man habe es aber auch mit einer Veränderung der Bauauflagenlinie der Wallstraße zu thun, und diese Frage lasse sich sehr wohl im Ausschusse beraten. Auf den Fußgängerweg an sich könne man wohl eingehen.

Stadtbaurath Hobrecht: Der Zustand, wie er jetzt an der Gertraudenbrücke und der Wallstraße sich darstellt, ist unter allen Umständen unhaltbar. Gegen den Antrag auf Ausschussberatung kann doch nur stimmen, wer wie Herr Singer die Anlage materiell verwirft. Von einer Wiederbelebung des Wäldchenbans kann keine Rede sein; wer die Hamburger Alsterarkaden gesehen hat, wird diese Meinung auch nicht hegen. Mit den langweiligen geraden Straßenfassaden ist die architektonische Aufgabe für Berlin nicht gelöst. Es giebt freilich einen guten und einen schlechten Geschmack, wir halten den unsrigen noch lange nicht für den schlechtesten.

Nachdem noch die Stadtv. Scheiding, Mentel und Bergemann für die Anträge Klymann-Wohlgenuth plaidirt haben, wird die Vorlage einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Der Stadtrath Dr. Krause hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt.

Bekanntlich hat der Magistrat in Sachen des Wahlrechts derjenigen Berliner Bürger, welche Kranke und Ausländer in die Stadt haben, unter Ignorierung des auf eventuelle Erweiterung der Frage in gemischter Deputation gerichteten Wunsches der Versammlung das Verwaltungsrecht-Verfahren gegen den Wahlrechtsbescheid (welcher den Betreffenden das Wahlrecht belies) anhängig gemacht. Zur Verantwortung der auf Aufhebung dieses Beschlusses gerichteten Klage des Magistrats bezieht die Versammlung auf Vorschlag des Vorstehers den Justizrath Meyer als ihren Vertreter.

Schluß 7¼ Uhr.

Lokales.

Den liberalen Stadtverordneten, die sich anlässlich der Beschimpfung durch die Kameel-Zinschrift wieder einmal so tapfer gezeigt haben, widmet das „Deutsche Adelsblatt“ die folgenden Schmeicheleien:

Ist es nicht geradezu erbärmlich, wenn Leute, die mit „Männerstolz vor Königsbronnen“ prunken, die Opposition einer

Ein Laube-Denkmal ist am 18. September in Sprottau, der Geburtsstadt des Dichters, enthüllt worden.

Richard Wagner als Sänger der Revolution. Die bürgerliche Welt kennt Richard Wagner nur als den Schöpfer der herrlichen Musikdramen und nebenher als den Mann, der durch die Gnade eines königlichen Freundes erst das geworden, was er der Welt ist. Ueber Wagner's Wirken in der deutschen Revolution von 1848-49, an der er gleich den meisten bedeutenden Männern von Ehre und Gewissen tapfer theilnahm, und über die langen Jahre des Exils, die er im politischen Exil erduldet, hucht die ästhetische Moral schon hinweg; die Erinnerung an diese Zeit wird dem Proletariat überlassen, dem Wagner ja wesentlich durch Bebel bekannt geworden ist. Das hochinteressante Werk des Schriftstellers Wagner „Die Kunst und die Revolution“ findet in dem Buche „Die Frau und der Sozialismus“ bekanntlich eine eingehende Würdigung. In diesen Tagen ist Wagner auch als Revolutionär-Dichter entdeckt worden und zwar von Dr. Wilhelm Kienzl, der in der „Neuen Deutschen Rundschau“ (Verlag von S. Fischer, Berlin) ein bisher unbekanntes Gedicht Wagner's aus dem Jahre 1849 veröffentlicht. Es trägt den Titel „Die Revolution“. Um die Echtheit der Dichtung zu beweisen, führt Dr. Kienzl folgendes an:

Als Richard Wagner am 7. Mai 1849 aus Dresden fliehen mußte, überlag er dem ihm befreundeten Kammerdiener H. H. einen Koffer, in welchem verschiedene dem Meister am Herzen liegende Schriftstücke, theils von seiner, theils von anderer Hand geschrieben, enthalten waren. Unter diesen befand sich auch das folgende Gedicht, und zwar in Wagner's eigener Handschrift. Es ist nicht anzunehmen, daß Wagner ein fremdes Gedicht, welches an und für sich keine überragende Bedeutung zugesprochen werden kann, abgeschrieben habe. In der Form ist das Gedicht durchaus nicht musterhaft. Es springt von einem Versmaße ins andere, fügt fünfjährige an vierjährige Trochäen, Jamben an Dactylen, bringt männliche und weibliche Endungen in buntem Wechsel, ja enthält sogar einige völlig unklare Stellen. Die Unruhe der Versbehandlung, die Kumulation von überschüssigen Attributen, die fälschen Bilder, alles dies entspricht gar wohl dem tumultuösen Charakter der besungenen

Partei gegen die Politik der Regierung als Verbrechen brandmarken; wenn diese „Liberalen“ wochenlang bemüht sind, jenes Verbrechen den leitenden Kreisen auch gebührend zu Gemüthe zu führen und sich selbst als die artigen Kinder in empfehlende Erinnerung zu bringen?! In vollem Einklange mit dieser noblen, freiheitlichen Gesinnung steht die händliche Demuth, mit der man sich als „ruppige Kameele“ Denkmal setzen läßt, ohne den Muth zu finden, diese öffentliche Inschrift, die sich überdies als frivole Entweihung des Heilighums und Parodirung der Heiligen Schrift darstellt, in öffentlicher Versammlung auch nur zur Sprache zu bringen! Aber man könnte ja „anstoßen“ und man möchte gewisse „Beziehungen“ zu gewissen „maßgebenden Kreisen“ um alles nicht in Frage stellen. Und so ergreift man mit Begeisterung die unpassendste Gelegenheit, um sich den Gummi zu tropfen mit der Reichsfrommer Denkmalsart an die ja sonst so geschwätigen Lippen zu setzen. Wie recht hatte doch der „Vorwärts“, als er die verwegene Ankündigung einer Aktion im rothen Hause mit einem äußerst skeptischen: „Na, na!“ begleitete! Kaum war bekannt geworden, daß Bau- rath Schwechten selbst der Urheber des famosen „Architekten- scherzes“ sei, und daß auch andere Herren sich daran erlöst hätten, da erschien die grenztliche Mißthat urplötzlich als lächerlich harmlos, und die stittliche Entrüstung schmolz dahin wie Schnee im März. Kein Wunder, haben doch die freisinnigen Herren meist sehr entwickelte Riechorgane und daher auch eine feine „Witterung“!

Wir wünschen den liberalen Herrschaften eine gesegnete Wahlzeit beim Verabwürgen dieses gepfefferten Wissens!

Wie das „dankbare Vaterland“ die Hinterbliebenen seiner Helden ehrt. Anlässlich des diesjährigen Sedan- rums haben sich die sogenannten „Patrioten“ im gesamten Deutschland förmlich darin überboten, in schwalligen Worten diejenigen ihres Dankes zu versichern, welche 1870/71 dem „Vaterlande“ Gut und Blut opfern mußten. Wie es aber in Wirklichkeit mit dieser Dankbarkeit den armen Opfern jenes Krieges oder deren Hinterbliebenen gegenüber bestellt ist, dafür geben nachstehende Zeilen ein klares Bild.

Zu den Familienvätern, welche 1870 Weib und Kind verlassen mußten, um dem Rufe zu den Waffen zu folgen, gehörte auch der Schuhmacheremeister Friedrich S., welcher einige Jahre vor Ausbruch des Krieges von Preußen nach einer sächsischen Industriestadt übergesiedelt war, als preussischer Garde- Panzernemann aber nach Berlin eingezogen wurde. In blühender Gesundheit war S. in den Feldzug gegangen; unverletzt zwar, aber krank und siech kehrte der vorher kräftigste Mann, der in seinem Leben noch keine Stunde krank gewesen war, aus dem Kriege heim. Nun galt es, sich eine neue Existenz zu schaffen, da der Krieg die frühere ja vernichtet hatte, und da ihm dies in seiner neuen Heimath nicht gelingen wollte, ging S. nach Berlin, wohin die Familie später nachfolgen sollte. Aber schon nach kurzer Zeit machten sich die Strapazen des Feldzugs geltend, S. erkrankte schwer und starb in der Charité. Ihres Ernährers beraubt, gerieth die in Sachsen hinterbliebene Wittve mit ihren zwei kleinen Kindern bald in bitterste Noth. Ihre Veruche, eine Unterstützung aus den für die Hinterbliebenen von Feldzugstheilnehmern bereitgestellten Mitteln zu erhalten, waren vergeblich und erst nach vielen Gesuchen und Verhandlungen wurde der unglücklichen Frau aus irgend einem sächsischen Staatsfonds eine laufende Unterstützung gewährt, welche die Familie wenigstens vor dem Hungertode bewahrte. Inzwischen war die Wittve mit ihren Kindern nach einem Dorfe O. in der Kreishauptmannschaft Leipzig verzogen, woselbst sie Verwandte besaß, von denen sie Hilfe erhoffte, die ihr jedoch nicht gewährt werden konnte, da die Verwandten mit sich selbst zu thun hatten. So war die schwächliche, fast immer kränkliche Frau gezwungen, mit Mäharbeiten sich und ihre Kinder zu ernähren. Es waren qualvolle Jahre voll harter Entbehrungen, Kummer und Noth, welche die bedauernswerthe Wittve in der Folge verlebte, bis die Kinder einermäßen im Stande waren, selbst etwas zu verdienen. Mit Eintritt dieses Zeitpunktes wurde der armen Frau aber auch die Unterstützung bis auf einen winzigen Betrag gekürzt.

Der älteste Sohn siedelte Mitte der achtziger Jahre nach Berlin über, wo er eine Stellung fand, die ihn in den Stand setzte, seine alte Mutter, deren schwächliche Gesundheit durch den jahrelangen, schweren Kampf ums Dasein gänzlich zerrüttet war, wenigstens vor Noth zu schützen. Vor zwei Jahren wollte der Sohn seine alte Mutter gänzlich zu sich hernehmen, um ihr den Lebensabend wenigstens zu einem sorgenfreien zu gestalten. Es kam jedoch anders; mitten in den Vorbereitungen zur Reise nach Berlin wurde die alte Frau von einem Herzschlage getroffen und statt ihrer traf die Nachricht von ihrem Tode bei dem tief- erschütterten Sohne ein. Vetterer eilte sofort nach O. und bereitete der theueren Todten auf seine Kosten ein einfaches, aber würdiges Begräbniß. — Wie erstaunte er aber, als er, im Begriffe, die wenigen Habseligkeiten der Verstorbenen als theures

Idee. Andererseits hat man vielfach die Empfindung einer Improvisation, einer im unaufhaltsamen Sturme der Augenblick- lichen Begeisterung zu Papier gebrachten Gefühlseruption. Die Verse lauten:

Scheuen Blickes durch die Gassen
Schleicht das Volk, und ohne Gruß
Geht der Nachbar an dem Nachbar,
Geht der Freund am Freund vorbei,
Einen Blick verstoßen Grimmes
Nackt hinauf geschickt zum Thurm,
Wo die Männer eingeleitet,
Die ein glühend Wort gesprochen,
Und dafür verdammt, zu sehn
Erd' und Himmel eingegittert,
Nicht hinein mehr in die gold'ne,
Gold'ne Gotteswelt zu strecken
Ihre Hand, zu fassen nur
Eine schweißesalte Mauer.
„Giebt's denn Recht? Es spricht so laut die Stimme
„Mir im Innern — und ich horche, horche
„Nach dem Echo.
„Giebt es einen Gott? Die Sterne zogen
„Gestern noch gen West — ich frage, frage!
„Keine Antwort!
„Keine Antwort? Dann erlaßme Stimme!
„Brich, du stolzer Nacken, nicht mehr aufwärts
„Trag' die Stirne! Hoffen, Wünschen, Streben —
„'s ist doch alles, alles nur die Mutter
„Trüber Zweifel, Dunsigewöl des Wagners.“

Weg ist der Trug! Es verfluchen die Leugner,
Welche die Menschen scheu von den Menschen
Arges erblickend Fremde (?) vertrieben:
Weinend am Hals, Auge in Auge
Findet der Bruder wieder den Bruder.
Schelnd zur Erde schauen die Götter;
Alte Erzeuger glücklicher Menschen
Kehren zurück sie, die Hütte zu theilen
Friedlich vereinter lieblicher Kinder.

Kunst und Wissenschaft.

Residenz-Theater. Eine harmlose Schurre, aus Reminiscenzen an Pariser Schwänke und deutsche Kleinkünsterien, wie sie so gerne in unserer Poffenliteratur wiederkehren, gewoben; und eine aufdringliche Kopie der scharf gepfefferten Pariser Komödien, die zugleich zynische Sittenbildungen sind, — das sind die beiden Novitäten, die am Mittwoch im Residenz- Theater aufgeführt wurden und von deutschen Autoren her- rühren. Eine Ausnahme übrigens im Residenztheater.

Die zynische Betrachtung der Berliner Frau und der Berliner Eheverhältnisse, die Komödie „Aber die Ehe“ ist von einem jungen Mann Paul Vinfmann geschrieben, der an der „Vorwärts-Zeitung“ thätig ist, einem Blatt, das alljährlich wider fränkische Sittenlosigkeit und für deutsche Tugend eifert. Wenn nun derlei am grünen Holze geschieht, und wenn der fromme Deutsche im brennenden Eifer gallische Zynismen noch über- trumps und den Typus der Berliner Bürgergattin, wie den einer Dirne, ist das nicht schandervoll, höchst schandervoll?

Die zweite Novität ist eine Poffe: „Der Madenwater“; sie ist mit unangenehmem Theatergeschick von zwei Berliner Schauspielern, den Herren Fischer und Jarno, zurecht- gegimmert. Der lockere Feigling in dem Stück ist nur ein armseliger Philister in Bernau etwa oder in Ebers- walde. Er senkt arg unter dem Pantoffel und um zu Zeiten einmal in Berlin einen lustigen Tag zu erleben, hat er mit Eifer von seiner strengen Gattin sich ein Taschengeld erobert. Er hat ihr vorgelegen, er müsse für ein Kind sorgen, das die Frucht eines Verhältnisses sei, das er vor seiner Ehe eingegangen wäre. Es war eine bittere Pille für die eifersüchtige Frau, aber sie mußte schließlich mit dem Monatsgeld herausrücken, das ihr Mann regelmäßig in Berlin verjübelte. Eines Tags aber — die Eheleute feierten ihre silberne Hochzeit — bekam es die Frau mit der Sentimentalität und sie wünschte das uneheliche Kind ihres Gatten in die Familie aufzunehmen. Wie sich nun der Mann aus der Klemme ziehen wollte, wie er von Verlegenheit zu Verlegenheit sürte, das ist der Inhalt der Poffe, in der Herr Alexander in seiner nervös-zappigen Komik die Hauptrolle spielte, den Madenwater mit dem fingierten Kind.

Vermächtnis mit nach Berlin zu nehmen, die Mittheilung erhielt, daß der Gemeindevorsteher den Nachlaß für den sächsischen Staat mit Beschlagnahme habe, weil die Verstorbene aus einem Landesfonds Unterstützung bezogen habe! Da aber der junge Mann sich um seinen Preis die einzigen Andenken an seine Eltern nehmen lassen wollte, reichte er bei der Regierung ein Gesuch um Freigabe des Nachlasses ein, wobei er u. a. auch angab, daß sein Vater ein Opfer des Feldzugs gegen Frankreich geworden und alles Geld, welches die Hinterbliebenen zu erhalten gehabt, diesem Umstande zugeschrieben sei. Und wie lautete die Antwort des sächsischen Ministeriums des Innern? Sehr einfach: „Es könne nach Lage der Sache keinen ausreichenden Grund finden, dem Gesuche um Herausgabe der beschlagnahmten Sachen stattzugeben, doch wolle es geschehen lassen, daß dem Gesuchsteller die Nachlassgegenstände im ganzen oder auch im einzelnen zum Tagwerthe überlassen würden.“

Die hierauf von dem Gemeindevorstand in D. eingeforderte Taxe war jedoch so hoch, daß S. den gesamten Nachlaß nicht erwerben konnte, sondern sich auf den Ankauf eines Theiles desselben beschränken mußte. So kosteten z. B. eine alte Nähmaschine 25 M., ein alter Tisch 4,50 M., ein Deckbett 0,50 M., ein altes Kleiderständer 12 M. u. d. Der Gemeindevorstand wollte eben alles zu Geld machen, selbst einige Kleidungsstücke, die 80 Pf., und eine alte Familienbibel, die 40 Pf. kosten sollten. Die letzteren Sachen, sowie vieles andere werthlose Zeug überließ S. dem sächsischen Staate. Manches andere mußte er demselben überlassen, weil er nicht die Mittel zum Ankauf besaß.

Jedenfalls zeigt aber dieses Beispiel, wie man in Sachsen die Hinterbliebenen derjenigen zu behandeln pflegt, die ihr Leben dem Vaterlande opfern mußten; und wir glauben nicht, daß der Fall einzig dastehen wird. Daß aber die hier geschilderten Vorgänge nicht nur den schwergeprüften Sohn des Veteranen, sondern auch viele andere, welche bisher davon Kenntniß erhielten, zu eifrigen und treuen Sozialdemokraten machten, wissen wir aus eigener Erfahrung.

Das „Heim für nothleidende gebildete Frauen“, für dessen Begründung seit längerer Zeit ein „christlich“ gesinntes Komitee agitiert, soll nun wirklich zu Stande kommen und schon am 1. Oktober eröffnet werden. In einer vor einigen Tagen vom Komitee abgehaltenen Versammlung, die sich mit der Angelegenheit beschäftigte, wurde, wie wir aus dem Bericht eines bürgerlichen Blattes erfahren, wieder auf die Noth hingewiesen, in der sich alternde Lehrerinnen, Gesellschafterinnen u. s. w. befinden. Es wurde zum 1. und 2. Mal darüber gesprochen, daß auch diesen Damen für Handarbeiten, mit denen sie ihr Leben fristen wollten, die erbärmlichsten Preise gezahlt werden, 15 Pf. für 1 Meter Perlendorte von 5 Zentimeter Breite, 55 Pf. für 1 Duzend Schürzen u. d. Der Bericht sagt jedoch nicht, ob man wiederum vergessen hat, auch darauf hinzuweisen, daß gerade die Frauen und Mädchen dieser Gesellschaftsclasse vielfach mit dazu beitragen, die Preise für Handarbeiten erst herabzudrücken. So lange eine solche Dame noch jung ist und aus der Tasche des als Beamter in Staatsdiensten stehenden Vaters leben darf, gilt Handarbeit zum Erwerb des Lebensunterhaltes als nicht schädlich, selbst in den Kreisen mittelmäßig bezahlter Beamten. Sie wird höchstens gestillet als Mittel zur Erhöhung des Taschengeldes. Für Putz und Vergütungen dürfen die jungen Damen arbeiten; für den nothwendigen Lebensunterhalt zu sorgen, ist für den Vater Pflicht und „Ehrensache“. Da kann man sich denn freilich billiger anbieten, und man muß es ja auch, wenn man bei der großen Zahl von Frauen und Mädchen, die „für Geschäfte arbeiten“ wollen, berücksichtigt werden will. Zahlreiche Arbeiterinnen, die von der Handarbeit leben müssen, werden durch solche billiger arbeitenden Damen in ihrem Verdienst beeinträchtigt oder ganz verdrängt. Aber die noblen Damen kümmern das wenig. Sie freuen sich, daß sie sich von dem Verdienst mehr putzen und amüsieren können, und schimpfen nebenbei auf die unzufriedenen Arbeiterinnen, die sogar besser bezahlt werden wollen als Beamtenkinder. Doch hinterher, wenn die jungen Damen alt werden und nun, ledig geblieben oder verwitwet, die Arbeit mit der Nadel auch einmal als Broterwerb betreiben sollen, dann ernten sie die traurigen Früchte dieser Unterbietungen. Mitleid verdienen höchstens die, welche Jahrzehnte lang die Misere der Thätigkeit im Erziehungs- und in der Hauswirtschaft durchlebt haben und, nachdem sie alt geworden und durch jüngere Kräfte verdrängt worden sind, zu jenen wenig einträglichen Handarbeiten ihre Zuflucht nehmen müssen. Sie verdienen Mitleid trotz des verblendenen Dünkels, mit dem die Arbeiterinnen von ihnen selbst in der größten Noth die Zustimmung zurückweisen, sich zu den ausgebeuteten Proletarierinnen zu rechnen. Aber mit den ehemaligen Lehrerinnen u. s. w. ist der Kreis der „nothleidenden gebildeten Frauen“ keineswegs erschöpft. Wie viele sind darunter, die nie einen Beruf ausgeübt, niemals ernsthaft gearbeitet oder überhaupt ernsthaft arbeiten gelernt haben! Nach dem Tode des Vaters oder Mannes, der sie „händelgemäß“ ernährte, gerathen auch sie, wenn kein Vermögen da ist, in Hilflosigkeit. Ihnen würde es auch nichts nützen, wenn die Handarbeit besser bezahlt würde; sie können eben gar nicht arbeiten. Für sie bleibt wirklich bloß die „Möglichkeit“ übrig, von der die Mädchen und Frauen

des arbeitenden Volkes nichts wissen wollen. Aus den Kreisen dieser „nothleidenden gebildeten Frauen“ rekrutiert sich denn auch der Stamm jener „verschämten Armen“, die alle möglichen Verneinungen annehmen und von dem Ertrag ihrer Bettelbriefschreiber manchmal sogar ganz behaglich leben.

Sedan in der Justiz. Den noch nicht fest angestellten Kangleibeamten u. im Gerichtsdienst ist es mit dem Sedantage ähnlich ergangen, wie vielen Arbeitern: Sie mußten am „nationalen Festtage“ zwar feiern, doch ein Lohn für den heiligen Tag ist ihnen nicht zu theil geworden. Der Ausfall trifft diese Kategorie der im Justizdienst Angestellten um so unangenehmer, als ihnen von den vier Verfügungen, von denen sie im ganzen in Sachen des Sedantages Kenntniß zu nehmen hatten, eine im Sedantage ist, in der nach ihrer Auffassung mitgetheilt stand, daß den Kombattanten großmüthig der ganze Sedantag und den Nichtkombattanten wenigstens der halbe Tag entschädigt werden sollte. Dieser Tage aber mußten diejenigen Nichtkombattanten, denen noch kein Mindestverdienst garantiert ist, zu ihrem Verbrüßnis aus einer neuen Verfügung wahrnehmen, daß ihre bisherige Aufassung irrig war; für den Sedantag soll ihnen auch nicht ein Pfennig Entschädigung gezahlt werden. Man kann sich vorstellen, daß die betroffenen Angestellten nicht gerade mit besonders freundlichem Empfinden an den heiligen Sedantag dieses Jahres zurückdenken.

Von der Sedantage im Hause der Firma Heinrich Jordan. Aus den Kreisen der in den Geschäftsräumlichkeiten dieser Firma arbeitenden Plätterinnen u. geht uns die folgende Mittheilung zu: „Die Verichtigung, welche Herr Holste in Nr. 216 des „Vorwärts“ abdrucken ließ, bedarf einer Ergänzung. Herr Holste hat bekanntlich erklärt, daß nicht die Firma Heinrich Jordan, sondern er selber, als Zwischenunternehmer der Dampfwascherei die Schuld daran trage, daß den Plätterinnen u. d. der schuldige Lohn für den Sedantag nicht ausbezahlt worden sei. Herr Holste erklärte ferner, daß die Plätterinnen mit dieser Kundgebung seines Patriotismus einverstanden gewesen wären. Ueber die Ursachen dieser Großmuth, die arme Arbeiterinnen an ihrem wohlhabenden Prinzipal übten, gerichete sich nur der den Kopf, der die Vertheilung des Machtverhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter im Großbetriebe nicht kennt. Doch sei Herr Holste über die Frage, wie die Sedantage eingeleitet wurde, das folgende zur Aufrechterhaltung seines Gedächtnisses in Erinnerung gebracht: Herr Holste hat acht Tage vor dem Sedantag angekündigt, daß am 2. September nicht gearbeitet werden solle. Auf die Frage nach dem Grunde dieser Anordnung antwortete Herr Holste den Arbeiterinnen, daß das Geschäft unten geschlossen werde; daher könne man auch oben nicht thätig sein. Zum Schluß sei noch auf folgende Vergeßlichkeit aufmerksam gemacht, die Herrn Holste in seiner Verichtigung unterlaufen ist: Es haben nicht nur die 25 Alfordplätterinnen, sondern auch 16 Plätterinnen, welche im Lohn arbeiten, sowie 9 Wäscherinnen, welche 2 M. täglich erhalten, den Sedantag nicht bezahlt bekommen.“

Verichtigung. In unserem Artikel vom 15. September sagten wir, daß die Firma Heinrich Jordan ihre Wäscheherstellung im eigenen Hause von Zwischenunternehmern betreiben lasse. Diese Notiz ist, wie uns von der Firma mitgetheilt wird, nicht zutreffend. Die Firma Jordan betreibt ihr Geschäft selbst, also auch ihre Wäscheherstellung, ausschließlich für eigene Rechnung und Gefahr und ohne jeden Zwischenunternehmer. Die in ihrem Geschäftshause befindliche Dampfwascherei hat die Firma einem Wäscher zum selbständigen Betrieb verpachtet und kann also für dessen Geschäftszwänge nicht verantwortlich gemacht werden.

Wenn es gilt, ausländischen Arbeitern eins anzuhängen, ist die staatsbehaltende Presse mit Eifer dabei. Zu dem Auslande der Bauarbeiter bei den Kasernenbauten in der Gassenhaide war u. a. von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ berichtet worden, daß bei einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Streikenden mit Steinen nach den Beamten geworfen und dabei ein Knabe Karl Borchardt aus der Altonaer Straße schwer getroffen worden sei. Die polizeilichen Untersuchungen haben ergeben, daß überhaupt nicht mit Steinen geworfen ist und daß der angeblich verletzte Knabe garnicht existiert. Die Polizeibeamten, je zehn Schutze vom 47. und 85. Revier, haben zwar die Streikenden vom Platze zurückgedrängt, zu einem schärferen Widerstande und einem schärferen Einschreiten ist es jedoch nicht gekommen. Gestern Vormittag sind die „vorläufigen“ hinausgeschickten Beamten schon um 9 Uhr wieder eingezogen worden.

Die Schulden des Freiherrlich v. Hammerstein'schen Grundstücks betreffend, wozu die „Volks-Zeitung“ folgendes zu melden: Das im Wege der Zwangsversteigerung am 23. September d. J. beim Amtsgericht I Berlin zur Versteigerung gelangende Grundstück Zimmerstr. 62/63, ist hypothekarisch belastet mit folgendem: 550 000 M. Bank in Braunschweig, 11 600 M. Kautionshypothek für dieselbe, 100 000 M. für Frau Marie Ester Gräfin Waldersee, geb. v. d. A. in Altona, 40 000 M. für Frau Pauline Heinicke und deren Kinder. Die letztgenannte ist die Wittve des ehemaligen Bräutigams der „Kreuz-Zeitung“, Heinicke. Das Grundstück ist mit 23 000 M. Nutzungswert zur Grundsteuer veranlagt. Im Vorverfahren, welches bereits im Dezember vorigen Jahres anhängig war, betrug der amtliche Nutzungswert nur 18 900 M. Man sieht, Herr v. Hammerstein hat es verstanden, denselben um 4100 M. zu erhöhen, ohne banliche Veränderungen auf dem Grundstück vorzunehmen. Voraussetzungen wird Frau Heinicke das Grundstück erstehen müssen, wenn sie ihr Geld retten will.

Ueber den Konkurs, welcher über die Aufstellung „Italien in Berlin“ eröffnet worden ist, geht uns folgende Mittheilung zu:

Die Schuld an dem Zusammenbruch des riesigen Unternehmens ist lediglich darin zu suchen, daß die Herstellung des Fundus, d. h. des Aufbaues der italienischen Paläste eine außerordentlich kostspielige war und die Höhe von ca. 800 000 M. erreichte. Bereits am Ende der vorigen verregneten Saison war ein erhebliches Defizit vorhanden, das etwa 200 000 M. betragen mochte. Die diesjährige sich etwas günstiger stellende Saison minderte den Verlust wesentlich herab, so daß die Gläubiger jetzt etwa noch fünfzigtausend Mark zu fordern haben mögen. Dies sind die Gesamtschulden der Aufstellung Italien, doch verlieren noch die Inhaber der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ihre gesamten Einlagen. Freilich ist die riesige Ausstattung und der Fundus vorhanden, für den, falls sich der Verkauf in günstiger Weise realisiert, ein Kapital herausgeschlagen werden dürfte, das völlig ausreicht, um alle Forderungen zu decken. Wäre es möglich gewesen, mit dem Hauptgläubiger der Masse sich zu einigen — derselbe hatte vor etwa 8 Wochen einen Theil der Gebäude gepachtet — dann wäre es schon jetzt gelungen, die kleineren Gläubiger voll und ganz zu befriedigen. Die Künstler und Angestellten der Aufstellung haben stets pünktlich ihre Gehälter empfangen, nur konnte die September-Rate nicht mehr ausgezahlt werden. Es ist jedoch gegründete Hoffnung vorhanden, daß auch diese Beträge bis auf den letzten Pfennig getilgt werden. Die traurige Lage der Künstler haben wir bekanntlich erst in diesen Tagen geschildert.

Asphaltpflaster. Einen wichtigen Beschluß hat die städtische Baukommission gefaßt. Sie hat beschlossen, zunächst für die im Etatsjahre 1896/97 mit definitivem Pflaster zu versehenen Straßen überall Asphaltpflaster zu wählen und Steinpflaster nur da zu verwenden, wo genügende Gründe, etwa die Steigungsverhältnisse der Straße oder ein erheblicher Witterungsverkehr, eine solche Art des Pflasters geboten erscheinen lassen. Ferner soll für die Zukunft die Herstellung des Asphaltpflasters im Wege der öffentlichen Ausschreibung, nicht wie bisher, im Wege der engeren Submission vergeben werden.

Die Frage des Umbaus der Berliner Charitee ist, wie jetzt offiziell mitgetheilt wird, soweit abgeschlossen, daß dem Landtage in der nächsten Tagung darüber eine Vorlage zugehen wird. Bei den in Aussicht genommenen Neubauten handelt es sich, wie dargelegt wird, einmal um zeitgemäße Einrichtungen für die Krankenpflege, aber auch nicht minder um eine ausgedehnte Berücksichtigung der wissenschaftlichen Aufgaben, welche dem Institute gestellt sind. Es dürfte nach den Plänen als sicher angesehen werden, daß nach Durchführung der Bauten die Charitee für medizinische Zwecke eine der reichshauptstädtischen Bildungsanstalt sein werde. Die Baukosten sind auf 10—12 Millionen veranschlagt. Jedoch wird jede Inanspruchnahme der Staatsfinanzen zur Deckung der Kosten vermieden werden können, weil die Ablichtung, die Erträge aus dem Verkauf von Gelände des jetzigen Botanischen Gartens dazu zu beruhen. Der Botanische Garten soll bekanntlich nach der Domäne Dahlem verlegt werden, wo für die Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben weit ausgedehntere Flächen zur Verfügung gestellt werden können als in Berlin. Die Verhandlungen mit der Stadt Berlin über diese Seite der Angelegenheit schweben noch.

In der Fabrik des Herrn Karl Otto, Witschinerstr. 64, in der durchlochte Bleche hergestellt werden, ist am Donnerstag morgen 11 Uhr ein junger Arbeiterbursche von 15 Jahren das Opfer eines furchtbaren Betriebsunfalls geworden. Er gerieth bei der Arbeit mit den Händen ins Walzwerk, beide Hände wurden ihm bis zum Handgelenk abgequetscht. Man brachte den Verunglückten nach der Unfallstation I in der Wilhelmstraße. Der furchtbare Vorfall, der ein blühendes Menschenleben bestenfalls für immer zum Krüppel gemacht hat, wird zum wesentlichen dem Umstande zugeschrieben, daß an der Maschine fast alle Schutzvorrichtungen gefehlt haben. Ferner wird es für einen unverantwortlichen Leichtsinns gehalten, junge Leute überhaupt bei einer derart gefährlichen Arbeit zu beschäftigen. Es sei zum Schluß noch bemerkt, daß in der Fabrik des Herrn Otto, in der etwa 12 Arbeiter thätig sind, die Arbeitszeit auch für die jugendlichen Arbeiter neuerdings oft von morgens 6 Uhr bis abends 10 Uhr gedauert haben soll. Eine Revision der Fabrik seitens der Gewerkepolizei erscheint dringend erforderlich.

Der Anarchist Wiesenthal soll der Meldung bürgerlicher Blätter zufolge am Sonntag verhaftet worden sein. Angeblich haben Kneipungen, die Wiesenthal in einer Versammlung gethan, zur Verhaftung geführt.

Eine traurige Kunde erhielt am letzten Mittwoch Mittag ein Arbeiter Lange, der auf einem Neubau im Stadttheil Moabit arbeitete. Derselbe lebte mit seiner Frau in glücklicher Ehe und täglich trug die Gattin das Mittagessen auf die Arbeitsstätte ihres Mannes, um mit demselben während der Pause zu plaudern. An dem gedachten Tage wartete L. vergeblich auf das Erscheinen seiner Frau, bis er wenige Stunden darauf die Nachricht erhielt, daß die Aermste für ihn gestorben sei. Frau L. hatte sich mit der Zubereitung des Mittagmahles etwas verspätet, und suchte die verlorene Zeit durch eiliges Gehen nach dem Bau wieder einzuholen. Am Nordhafen wollte die Frau vor einem in wässriger Gangart sich bewegenden, mit Petroleumfassern beladenen Fuhrwerk den Fahrdamm überqueren; sie fiel dabei zu Boden und wurde von den Rädern des Fuhrwerks so unglücklich über den Leib und den Hals gefahren, daß der Tod der Aermsten auf der Stelle eintrat. Den Kutscher soll an dem Unfall keine Schuld treffen.

Es ist eine der bekannten herrlichen Ergebnisse unserer Weltordnung, daß sehr oft der Arbeiter sein Essen im Kreise der Familie bei Strafe der Arbeitslosigkeit nicht verzehren darf. In toller Hah muß ihm das tägliche Mittagmahl von der Frau oder dem Kinde an die Arbeitsstätte gebracht werden. So fördert der Kapitalismus das Familienleben.

Der Männer-Gesangsverein Waldesgrün, der in der Altonaer Str. 21 bei Roll seine Übungsstunden abhält, theilt uns mit, daß er mit dem Verein gleichen Namens, der in Moabit in einem boykottirten Lokal ein Vergnügen arrangiert hat, nicht identisch ist.

Uebersahren wurde am Mittwoch die 78jährige Wittwe Henriette Schulz aus der Wienerstr. 9. Die alte Frau war auf dem Pferdebahn-Wagen Nr. 821 vom Lühnowplatz nach dem Schleifchen Thor zu gefahren. Auf dem Laufsteg sprang sie dicht vor der Haltestelle von der hinteren Plattform ab und kam zu Falle. Dabei brach sie sich das Schlüsselbein und zog sich auch an der rechten Schulter so erhebliche Verletzungen zu, daß sie in das Krankenhaus Bethanien gebracht werden mußte.

Unglückliche Liebe gab als Motiv ihres Selbstmordversuches ein junges Mädchen an, die sich am Mittwoch Mittag vor der Jannowbrücke in die Spree stürzte. Man warf der Selbstmörderin einen Rettungsball zu, an welchem sie sich auch festhielt; als aber mehrere Männer in einem Boot sich ihr näherten, stieß das Mädchen den Rettungsball bei Seite und entzog sich den mehrfachen Versuchen der Retter, sie aus dem Wasser zu ziehen, durch Untertauchen in die Fluthen. Erst als das Mädchen total erschöpft war, gelang es, sie in den Kahn aufzunehmen und nach der Dampfstation zu schaffen, woselbst sie sich schnell wieder erholt. Auf der Polizeiwache gab die Lebensmüde, in welcher die 23jährige Arbeiterin Clara M., in der Großen Frankfurterstraße wohnhaft, rekonnostrirt wurde, als Motiv zur That unglückliche Liebe an, da sie von ihrem Bräutigam betrogen und verlassen worden sei.

Witterungsübersicht vom 19. September 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (90 F. = 50 M.)
Swinemünde	757	WSW	4	Dunkl	15
Hamburg	760	WS	4	wolfig	14
Berlin	760	W	3	heiter	15
Bresbaden	765	SW	—	wolkenlos	11
München	767	SW	1	wolkenlos	14
Wien	765	SW	—	Nebel	15
Saparanda	749	SW	—	wolkenlos	4
Petersburg	—	—	—	—	—
Cost	763	WNO	2	wolfig	13
Aberdin	763	W	2	halb bedekt	14
Paris	766	W	1	wolkenlos	9

Wetter-Prognose für Freitag, den 20. September 1895. Ein wenig kühleres, vielfach heiteres, zeitweise wolfiges Wetter mit etwas Regen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Polizeibericht. Am 18. d. M. vormittags stürzte ein vierjähriges Mädchen aus einem Fenster der im fünften Stock in der Gabelsbergerstraße belegenen Wohnung seiner Eltern in den Garten hinab und erlitt so schwere Verletzungen, daß es bald darauf im Krankenhaus starb. — An der Ecke der Fennstraße und der Straße Am Nordhafen gerieth eine Frau unter die Räder eines Arbeitswagens und wurde auf der Stelle getödtet. — Bei der Freiarbeite sprang ein Mädchen in der Absicht, sich das Leben zu nehmen, in den Randwehrkanal, wurde jedoch, anscheinend ohne Schaden genommen zu haben, aus dem Wasser gezogen. — Einen gleichen Selbstmordversuch machte eine unter fittenpolizeilicher Aufsicht stehende Frauensperson, indem sie sich an der Jannowbrücke in die Spree warf. Es gelang jedoch, sie zu retten. — Nachmittags wurde in der Schönholzerstraße ein Knabe durch

Zubelnde Gräße ihnen entgegen Schallen aus wehrhafter Männer und Streiter Tönenden Hören. Lieblich dahinschweben, schüchtern nur wagend, Schmiegen sich hellere, weichere Stimmen. Wie von den Thälern, Wäuden und Schluchten Mächtig erwidert Schlägen des Wetters, Blasen der Winde, Stöhnen der jähren Ringenden Tanne weit in das flache Länd, wie wilde Griffe der Orgel. Also empfänglich ist auch die Welle Heimlichen Sees, die mit den Kiesel, Die mit den Nöhren Schwesterlich flüstert. Alle sie dienen großem Empfinden Jener geheimen, wirkenden Kräfte, Deren melodisches, klagendes Sehen Zwischen den Saiten goldener Harfen Jitternd hervorschlüpft. Drum, was auch immer Männer erfasse, Thaten erscheinen, Reiben bereiten, Alles es findet, auch in der Kinder, Auch in der Jungfrau prophetischen Stimmen Seinen melodischen lieblichen Ausdruck.

Doch hemmt die Lust! Ich seh' ein ernst Gepränge. Es sind die Brüder, die mit uns gefochten. Die Brüder, die an uns're Seite fielen, Die Brüder, deren Blut als schweres Siegel Dem Pergament der Freiheit aufgedrückt, O fahrt sie nicht! Sie träumen Kommen, Dämpft eure Klagen, mäht eure Jubel! Laßt sie, begleitet von den Freiheitskriegen, Ins Reich der Geister sanft hinüberschweben: So nehmen sie das seltsame Gedenken Von irdischem Bestreben mit hinüber. Und nun, ihr freien Bürger, senkt die Fahnen, Schwört bei den frischen Hügel, hebt die Rechte: Zu dulden nicht mehr Herren oder Knechte, Als Menschen jeden Menschen gleich zu achten, Als Bruder jeden Menschen zu betrachten.

Summa 834,93 M. Bereits quittirt 7704,98 M.; in Summa 589,28 M.

Billige Ausgabe Billigstes Modenblatt der Welt! (mit bunter Fächer-Vignette)

Verlag: JOHN HENRY SCHWERIN.

75 Pf.

vierteljährlich.

GROSSE

mit bunter Fächer-Vignette

MODENWELT

Verlag: JOHN HENRY SCHWERIN.

Alle

14 Tage:

in Grossfolio-Format

8 Seiten Moden- u. Hand-

arbeiten, Genrebilder, erste Pariser

Modelle, sowie alle 14 Tage: doppelseit.

Schnittmuster - Bogen; vierteljährlich viel-

gürliches Stahlstich-Modencolorit. Die 1 Mk.-

Ausgabe, welche bestehen bleibt, enthält ausserdem alle

14 Tage reich illustr. Belletristik u. Frauen-Zeitung, sowie vierteljährl.

3 vierseit. Extra-Handarbeiten-Beilagen u. 3 Stahlstich-Modencolorits u. hat:

140,000 Abonnenten!!

75 Pf.

vierteljährlich.

Gratis-Probenummern d. „Grosse Modenwelt“, bill. Ausgabe, durch alle Buchhandlungen. Abonnements zu 75 Pf. ebendasselbst, bei der Post und durch John Henry Schwerin, Berlin W. 35, Steglitzer-Strasse 11.

Man achte genau auf den Titel: Verlag John Henry Schwerin, Berlin!
„Grosse Modenwelt“ mit bunter Fächer-Vignette!

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 20. September.
Opernhaus. (Kroll's Theater.)
Der Freischütz.
Schauspielhaus. Die die Alten
jung.
Deutsches Theater. Die Mütter.
Berliner Theater. Penthesilea.
Festung-Theater. Madama Sans-
Gène.
Friedrich-Wilhelmsstadt. Theater.
Die Reise nach dem Mars.
Neues Theater. Der natürliche Sohn.
Schiller-Theater. Götz von Ber-
lichingen.
Residenz-Theater. Der Rabenwä-
ber.
Adolph Ernst-Theater. Parade-
bummler.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Alexanderplatz-Theater. Ein Kind
der Liebe. Vorher: Bahn und
Wahnsinn, oder: Sie ist wahnsinnig.
National-Theater. Der Obersteiger.
Theater Unter den Linden. Martine.
American-Theater. Vulgaritäten in
Berlin. Die Millionenerbin von
Hindorf.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vor-
stellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30.
Emil Thomas a. G.
Zum 16. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Ausstattungspost mit Gesang
und Tanz in 5 Bildern von
Wilh. Mannstadt und Julius Freund.
Musik von Julius Einödhofer.
In Szene gesetzt v. Dir. Richard Schultze.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Adolph Ernst-Theater. Paradebummler.

Gesangspost in 4 Akten von Eduard
Jacobson u. Leon Treptow. Komplet
von Ed. Jacobson und Gustav Götz.
Musik von Gustav Steffens.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anna Bäckers, Josefine Dora, Ida
Schlüter, Adolph Ernst, Guido Zielscher,
Karl Weiss, Georg Worlich.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kein Aufgeld.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Freitag: Götz von Berlichingen.
Sonabend: Ultimo.

Alexanderplatz-Theater

Alexanderstr. 40.
Direktion: Max Samat.
Um 8 1/2 Uhr:

Ein Kind der Liebe.

Sittenbild in 4 Akten v. Max Haltern.
Vorher um 7 1/2 Uhr:

Wahn und Wahnsinn

oder Sie ist wahnsinnig.
Schauspiel in 2 Akten von Meisvill.
Bearbeitet von B. Dembert.
Regie: Max Samat.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Stettiner
Sänger**
(Meissel,
Pietro,
Britton,
Steidl,
Krone, Köhl
und
Schrader).
Heute, sowie jeden Freitag u. Montag:
Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111-112
(nahe Potsdamer Brücke).
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf., im
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
Großartiges, stets wechselndes
Programm.
Sonntag, 22. September: Erste
Saison in Sanssouci, Kott-
busersstr. 4a.
Dienstag, 24. September: Erste
Saison im Böhmisches Brau-
haus, Landsberger Allee.
Mittwoch, 25. September: Erste
Saison im prächtig renovierten großen
Konzertsaal der Tonhalle, Friedrich-
straße 112 (nahe Oranienburger
Thor).

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111-112
(nahe Potsdamer Brücke).
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf., im
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
Großartiges, stets wechselndes
Programm.

W. Noack's

Konzert- und Gesellschafts-Säle
Brunnenstr. 16.

Eröffnung der Winter-Saison.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag
und Donnerstag:

Große Extra-Theater-Vorstellung.

Schmeicheltzchen.

Lustspiel in 1 Akt von Käfer.

Des Löwen Erwachen.

Komische Operette in 1 Akt v. Brandt.

Auftreten neuer Spezialitäten.

Nach der Vorstellung: Langtränchen.

Urania

Anstalt für volksthümliche
Naturkunde.

Am Landes-Ausstellungspark
(Lehrter Bahnhof).

Geöffnet von 5-10 Uhr.

Täglich Vorstellung im wissenschaft-
lichen Theater.

Näheres die Anschlagzettel.

Friedrich-Wilhelmsstadt. Theater

25/26. Chausseest. 25/26.

Jeden Abend 7 1/2 Uhr:

Gastspiel der Liliputaner.

Die Reise nach dem Mars.

Sonabend, den 21. und Sonntag,
den 22. September, nachm. 3 Uhr:

Nachmittags-Vorstellungen.

Die Reise nach dem Mars.

Kinder nachmittags auf allen Plätzen
halbe Preise.

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater.

Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43
(City-Passage).

Vornehmster Familienaufenthalt!

Riesen-

Spezialitäten-

Programm.

Eine Partie Seat.

Poste von Adler. Musik von

R. Thiele. Regie: E. Stempel.

Inf. Bochent. 8. Sonntag 6 Uhr.

Entree 10 Pf., 30 Pf.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Direktion: R. Winkler.

Passage - Panopticum.

42

Mädchen

upm

andern Ende

der Welt

(Samoa).

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.

!Salambo?

2 Capacitäten

in der Spezialitätenwelt
sind ??????

1. Das Mannweib

Mlle. Mary Arnotis, das

Schönheits-Modell.

2. Der Dickhäuter

Rannin

Jeden Abend 9 und 10 Uhr

Kaufmann's Variété

Königsstrasse, Kolonnaden.

Schon wieder neues Programm.

Circus Jansly-Leo.

Friedrich Karl-Ufer.

Freitag, den 20. September,

abends 8 Uhr:

Gr. Komiker-Vorstellung.

Neue höchst komische Intermezzi.

Zum 1. Male: „Zampa“, ohne Blut-

hengst, vorgef. v. Clown Ghezzi.

Morgen: Elite-Vorstellung.

Rixdorf

Ed. Wiersing's

Restaurant, Garten

und Ball-Salon.

Rueschedstr. 77. Hermannstr. 87.

Jeden Sonntag im Garten:

Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Im neu renovierten Saale von 4 Uhr ab:

Großer öffentlicher Ball. 2 verdeckte

Regelbahnen. Kaffeelüche stets geöffnet.

Meine Spezialitäten stehen den Vereinen

zu Versammlungen, Festlichkeiten und

bei Bezeichnungen zur Verfügung.

Neues Club-Haus

72. Kommandantenstrasse 72.

Jeden Sonntag: **BALL.**

Empf. meine 4 Säle zu Festlichkeiten

u. Versammlungen gratis. Noch einige

Sonabende frei. H. Ebert.

Englischer Garten

Alexanderstr. 27c.

Säle zu Festlichkeiten mit Theater-

bühne u. zu Versammlungen unentgeltlich.

2970L* **Hoffmann & Sohn.**

Die Eröffnung seines

Weiss- u. Bairischbier-Lokals,

Oranienstrasse 184,

zeigt Freunden und Bekannten hier-

durch an mit der Bitte um geneigten

Zuspruch. **Theodor Metzner,**

92588* Oranienstr. 184.

5 Mark

und mehr, können gewandte Leute jeden
Montag innerhalb Berlin leicht ver-
dienen. Solide Männer und Frauen,
die 2-3 M. Rantion (Nicht aus-
geschlossen) stellen können, wollen sich
melden 9-12 und 3-5 Charlotten-
burg, Berlinerstr. 40, im Komtoir.

Bruchbandagen

aller Art (eigene Fabrikat), sowie
sämtliche Artikel zur Kranken-
pflege empfiehlt

J. Ch. Pollmann, StraÙe 30.

Lieferant für Orts- u. Hilfs-Krankenk.

Möbel,

gebrauchte und neue in größter Aus-
wahl in **Hoppe's Möbelspeicher,**
Prenzlauerstr. 37, am Alexanderpl.
Plüschgarnituren, Kleiderständer, Wäsche-
spinden, Sophas, Marmortabletten etc.
Ein großer Vorrat gebrauchter Möbel
spottbillig. Besonders für Zimmer-
vermieter und Brautleute. 9235L*

Rohrtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise!

Lager in Formen, Bockfässern.

Heinrich Franck,

Str. 185, Brunnenstraße Str. 185.

Arbeitsmarkt.

Achtung!

Parquetbodenleger!

Die Kollegen der Firma **Rosen-**

feld & Cie. haben wegen Lohn-

differenzen die Arbeit niedergelegt.

Zugut ist strengstens fernzuhalten. 76/17*

Die Werkstatt-Kontrollkommission

d. Deutschen Holzarbeiter Verbandes.

Marton Arbeiterinnen, Lebrmädchen,

verf. H. Eisenstadt, Beuthstr. 5.

J. Mensch, 21 J., möchte gern Arbeit.

G. Zischke, Königsbergerstr. 19, [171b

Anschläger verlangt, Oranienstr. 122.

Telegraphen-Monteur

für Reparaturen u. kleine Anlagen ge-

sucht, Kreuzbergstr. 7. 156b

Für die hiesigen Leser liegt

der heutigen Nummer unseres

Blattes die gedruckte Gewinnliste

der preuß. Lotterie bei.

Die Heilanstalt des Dr. König in anklägender Beleuchtung.

Ein Musterinstitut scheint die Heilanstalt des Herrn Dr. König in der Wilhelmstraße 111 zu sein. Der Arbeiter Glockmann, den die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft in Anwendung des § 7 des Unfallversicherungs-Gesetzes von 1884 dem Dr. König zur Behandlung überwiesen hatte, fand es in dessen Anstalt nicht ganz geheuer und verließ das Institut, obwohl der genannte Arzt die Kur für noch nicht beendet erklärte. Daraufhin lehnte die Berufsgenossenschaft jede Rentenzahlung an Glockmann ab. Dr. König hatte dem Kranken in einem Gutachten allerlei schöne Eigenschaften zugeschrieben, zum Beispiel Gesundheit, Trunksucht und dergleichen mehr. Auf Grund des Gutachtens nahm die Genossenschaft als ganz sicher an, daß G. vollständig auskurirt worden wäre, wenn er sich länger in der Anstalt des Dr. König aufhalten hätte. Glockmann legte nun beim Schiedsgericht Berufung ein und machte zur Rechtfertigung seines Handelns folgendes geltend: Der Aufenthalt im Institut des Dr. König sei ihm durch mancherlei Uebelsände vereitelt worden. Das Essen sei äußerst schlecht gewesen, die Bänken wären in Schraffen über die armen Insassen hergefallen und hätten ihnen eine furchtbare Pein verursacht, und außerdem habe noch der gräßliche Kadaver, der aus einem Lokal unter der Anstalt allmählich ertönte, das seine dazu beigetragen, daß man um die Nachtruhe gekommen sei. Das Schiedsgericht erkannte zu Gunsten des Klägers, indem es ausführte, hier stiehe Behauptung gegen Behauptung, und da Dr. König bei der Sache interessiert sei, könne sein Gutachten nicht als entscheidend angesehen werden. Die Berufsgenossenschaft war der entgegengesetzten Meinung; sie legte deshalb Refus ein und beantragte, Dr. König seine Angaben beschwören zu lassen. Das Reichs-Versicherungsamt ließ es sich jedoch angelegen sein, über die Zustände in der fraglichen Anstalt aus anderen Quellen Aufklärung zu schöpfen. Zunächst wurden einige Leute vernommen, die ebenfalls bei König untergebracht waren. Dieselben bestätigten sowohl die Behauptungen des Klägers hinsichtlich des Essens, das öfter verdorben und mangelhaft gewesen sei, sowie auch bezüglich der Störung der Nachtruhe durch die Bänken und den Lärm im Parterrelokal. Außerdem ließ sich das Gericht aber noch die Akten über eine Untersuchung kommen, welche der Stadtphysikus im Auftrage des Polizeipräsidenten auf eine frühere Beschwerde unternommen hatte. Da wurde denn auch festgestellt, daß der städtische Arzt zur betreffenden Zeit die Kost für nicht genügend und den vorhandenen Lärm für zu gering befunden hatte. Ferner, daß Baderäume überhaupt fehlten und daß nicht selten die Nachtruhe der Patienten durch Wanken und Musik gestört wurden. Das Reichs-Versicherungsamt sprach dem Kläger nicht das Rentenbezugsrecht ab, wie die Genossenschaft beantragt hatte, es ermäßigte aber die ihm vom Schiedsgericht zugesprochene höhere Rente auf 20 Pct., und zwar lediglich, weil es auf Grund des Gutachtens eines namhaften Arztes ihn nur in diesem Grade für noch erwerbsunfähig zu erachten vermochte. Im Prinzip siegte also der Kläger auch in letzter Instanz. In der Begründung des Urtheils verwies der Vorsitzende, Geh. Regierungsrath Stolzmann, darauf, daß bei der Behandlung im Krankenbause, in die sich zu begeben die Genossenschaften von den Verleuten verlangen dürften, immer Voraussetzung sei, ob sie auch den Heilungsprozeß begünstige. Während des Aufenthaltes des Klägers im König'schen Institut hätten nun

dort Missethände in solcher Menge abgewaltet, daß Glockmann nach Annahme des Gerichts wohl berechtigt gewesen sei, daselbst zu verlassen. Besonders solle ins Gewicht fallen, daß die Anstalt zur betreffenden Zeit nicht den Anforderungen an die Reinlichkeit entsprach, welche zu stellen seien. Sicher hätten die Bänken dem Kläger wie anderen die Nachtruhe geraubt, auch wäre bei Beurtheilung der Sache zu berücksichtigen, daß die Kost thatsächlich damals ungenügend gewesen sei, während die Räumlichkeiten ebenfalls nicht genügt hätten.

Die amtlich festgestellten Thatsachen enthalten für einen beträchtlichen Theil der Arbeiterschaft, und namentlich für die meisten Invaliden der Arbeit, welche von der Berufsgenossenschaft in dieser Art untergebracht worden sind, nichts neues. Was aus früheren Mittheilungen, die der „Vorwärts“ brachte, ersichtlich ist, das Institut des Dr. König auch durchaus nicht das einzige, in dem kranke Arbeiter derart ständlos behandelt wurden; man kann wohl im Gegentheil sagen, daß der Derselbe „billig und schlecht“ kaum anderswo leichterzögiger gefolgt wird, als in manchen Zweigen der herrlichen Sozialreform.

Vielleicht begreifen unsere staatsstühnenden Wiederwärtler, wenn sie lesen, wie man mit kranken Proletariern umgeht, warum die königlich preussische Sozialreform nicht vermocht hat, auch nur einen Arbeiter der Sozialdemokratie zu entreißen.

Soziale Rechtspflege.

Gewerbegericht. Im Gegensatz zu der bisherigen Praxis des Gerichts steht eine den Arbeitern günstige Entscheidung, welche dieser Tage von der Kammer VI unter dem Vorsitz des Assessors Unger gefällt wurde. Das Waisenmädchen W. hatte sich berechtigt gefühlt, ihre Stellung bei der Restaurateurin Bauer ohne vorherige Kündigung aufzugeben, weil sie von derselben geschlagen worden war; außerdem war Fräulein W. aber noch klagbar geworden, in der Ueberzeugung, Anspruch auf eine Entschädigung zu haben. Das Gericht stellte folgendes fest: Bereits am Tage nach dem Engagement überhäufte die Besagte das Mädchen mit Vorwürfen über ihre angeblich zu geringen Leistungen und ließ dabei die Ausrufung fallen, sie hätte dasselbe besser nicht angenommen, wenn sie gewußt hätte, was für eine faule Hure sie sei. Natürlich hatte die Klägerin darauf gebiet und in ihrer Empörung über die ihr zutheil gewordene Beschimpfung sich dazu verleiten lassen, von der großen Schenke der Beklagten zu sprechen, die auch noch mal kleiner werden würde. Hierauf war die etwas exaltierte Bauer über die Klägerin hergefallen und hatte dieselbe geschlagen und zu Boden gerissen; grob mißhandelt, wie der Vorsitzende für erwiesen erklärte. Das Gericht hielt die gegenseitigen Verleumdungen der Parteien für ausgeglichen und sprach der Klägerin eine Entschädigung für vierzehn Tage unter der Begründung aus, daß sie in Folge der groben Mißhandlung zum Verlassen der Arbeit berechtigt gewesen sei und auf die Entschädigung Anspruch habe. — Die Entscheidung widerspricht insofern der bisherigen Jurisprudenz, als nach derselben ein gesetzlicher Grund zum sofortigen Verlassen der Arbeit lediglich zu diesem, nicht aber noch zu einer Entschädigungsforderung berechtigen sollte. Mit Freuden wäre es zu begrüßen, wenn obige Entscheidung nicht vereinzelt bliebe, wäre doch damit den Unternehmern das beliebte Mittel aus der Hand genommen, sich durch Fortläufende Drangsalirungen, Beschimpfungen u. unbeliebter Arbeiter bequem und ohne Nachtheil zu entledigen.

IV. Artikel, so die Handwerkerknechte betreffen.

§ 1. Erstlich sollen hinfür mehr keine Handwerkerknechte sich zusammen verbinden, vereinen noch verheften, noch keine Bünde machen, noch keinerlei Umlage und Steuer erheben, noch keinerlei Gebot und Verbot untereinander haben, es sei denn mit Urlaub und Verlaub ihres Meisters, des Rates und der Polizei einer jeglichen Stadt, darinnen sie geüben sind.¹⁾

§ 2. Darauf sollen hinfür alle dienenden Knechte, die dienen dem Ritter oder dem Bürger, und alle Handwerkerknechte geloben und schwören, Bürgermeister, Polizei und Rat derselben Stadt gehorsam zu sein, ihren Augen und ihre Ehre zu fördern, ihren Schaden zu verhüten und zu wenden nach ihrem besten Vermögen getreulich und ohne alle Gegenrede.²⁾

§ 3. Hat ein Knecht mit seinem Meister oder der Meisterschaft oder mit einem anderen Knechte irgend etwas zu schaffen oder abzumachen, das soll er austragen vor der Meisterschaft seines Handwerks und nirgend anderswo und halten, was von denen beschlossene wird.³⁾

§ 4. Es sollen alle Knechte nachts nicht auf Sonderwegen gehen, es sei denn er ginge im Dienst seiner Herrschaft oder Meisterschaft. Und wer sonstens dabei betroffen wird, der bestraft (bezahlt) 30 Mark; welcher aber des Geldes nicht hat, der soll 4 Wochen dafür im Turm (zu Plöhensee) liegen und dem nichts anderes gegeben werden soll, denn Wasser und Brot.⁴⁾

§ 5. Es empfiehlt sich, das patriarchalische Verhältniß, dem die neuere Handwerker-Gesetzgebung wieder zulehrt, gleich in der Wahl des Zittelwortes anzudeuten, und so das moderne vom Klassenbewußtsein durchwehte Wort „Arbeiter“ durch den dem Zukunftsideal der Jüngster entsprechenden Ausdruck „Knecht“ zu ersetzen.

§ 6. In unserer Vorlage aus dem 15. Jahrhundert fehlt natürlich die Polizei, da man im dunklen Mittelalter die segensreiche Bedeutung dieser in modernen Großstädten allmächtigen Institution noch keineswegs erkannt hatte.

§ 7. Hiermit wäre jede politische oder gewerkschaftliche Organisation der „Handwerkerknechte“ im Keime erstickt, so daß es nicht erst eines neuen Sozialistengesetzes gegen diese Rote von Menschen bedürfte.

§ 8. Selbstverständlich ist es ein völlig unelidlicher Zustand, wenn, wie in Berlin u. A., die Meister eine freisinnige Stadtverwaltung wählen, und die Handwerkerknechte einen sozialdemokratischen Stadtverordneten; denn letztere werden natürlich weder den Augen noch die durch Kameel-Inskriptionen beglaubigte Ehre des Rates derselben Stadt fördern. Falls man den Handwerkerknechten also überhaupt noch ein Wahlrecht zugeben will, müssen sie gehorsam, getreulich und ohne alle Gegenrede so wählen, wie der Rath befiehlt.

§ 9. Einer der größten Uebelsände für die heutigen Unternehmerr ist das Gewerbegericht, bei dem die Handwerkerknechte an der Rechtsprechung theilnehmen. Das muß natürlich wegsfallen. Bei der sprachwörtlichen Unparteilichkeit der Zunftschiedsgerichte und bei der großen Beliebtheit, deren sie sich auch in Arbeiterkreisen erfreuen, dürfte eine Ausbeutung derselben und damit eine Wiederbelebung der alten Zunftgerichtsbarkeit sehr am Platze sein. Wenn damit von vornherein auch nur garantiert wäre, daß die Meister nie unrecht haben, so wäre doch auch hiermit schon viel gewonnen — versteht sich, für die Meister.

§ 10. Ihrer Zeit vorantretende obelische Kommune hat in diesen Tagen den Arbeitern verboten, nach 10 Uhr auszugehen. Eine Verallgemeinerung dieses Altes ist dringend erforderlich.

Gerichts-Beitrag.

Ein Krankenkassen-Schwindler vor Gericht. Aus Mainz wird uns berichtet: Vor den Schranken der hiesigen Strafkammer stand am Dienstag der Gerbergehilfe Friedrich Steinmeyer und der Dienstmann Wilhelm Giffel, ersterer angeklagt des Betruges und der Urkundenfälschung, letzterer der Fälschung und der Anstiftung zum Betrug. Steinmeyer war sieben Jahre lang Kassirer der hier bestehenden Ortsverwaltung der Hirsch-Dunder'schen Krankenkasse des Gewerksvereins deutscher Schuhmacher und Lederarbeiter. Steinmeyer war geständig, in den letzten drei Jahren durch falsche Eintragungen in den Büchern und durch Führung von Kranken, die gar nicht krank waren, sich etwa 640 M. erschwemelt zu haben. Der Angeklagte behauptete, von dem Vorsitzenden und Mitangeklagten Giffel angestiftet worden zu sein; dieser habe auch einen Theil der Beute erhalten, während Giffel behauptete, er habe zwar Geld von Steinmeyer geliehen, doch habe er nicht gewußt, daß dasselbe der Kasse entnommen worden sei. Es wurde konstatiert, daß die Kontrolle äußerst mangelhaft gewesen, daß Steinmeyer selbst Revisionsbemerkungen mit dem Namen des Revisors in die Bücher eingetragen und daß er sich Blankofolien von dem Kassensatz Dr. Gartenfeld verschafft hatte, welche er mit seinen angeblichen Kranken ausfüllte.

Als im April d. J. der Vorstand neu gewählt wurde, entstand bei Uebergabe der Bücher Verdacht. Man erkundigte sich bei den angeblich als krank geführten Kassenmitgliedern, und so kam der Schwindel ans Tageslicht. Der Staatsanwalt beantragte gegen Steinmeyer 1 Jahr, gegen Giffel 6 Monate Gefängnis. Das Gericht verurtheilte Steinmeyer wegen Urkundenfälschung und Betrug zu acht Monaten Gefängnis und sprach Giffel wegen mangelnden Beweises frei.

Die Anklagesache gegen den Restaurateur Otto Dencke wegen Verleumdung des städtischen Gasinspektors John wurde gestern noch einmal vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt, nachdem das frühere auf zwei Monate Gefängnis lautende Urtheil wegen eines formellen Fehlers vom Reichsgericht aufgehoben worden war. Der Angeklagte hatte in einer Beschwerde den Gasinspektor John grober Unbillwidrigkeiten beschuldigt, die besonders darin gipfelten, daß John Arbeiter, welche vom Magistrat befohlen wurden, zu Privatweden beschäftigen sollte. Außerdem hatte der Angeklagte ehrenrührende Behauptungen über das Gesehen des Inspektors John aufgestellt. Seitens der Verteidiger, Rechtsanwälte Schöps und Cassel, war ein so umfangreicher Wahrheitsbeweis angetreten worden, daß die Verhandlung acht Stunden in Anspruch nahm. Das Ergebnis derselben war, daß der Angeklagte diesmal zu einer Geldstrafe von 300 M. verurtheilt wurde, da der Gerichtshof zu seinen Gunsten annahm, daß er sich in verchiedenen Punkten im guten Glauben befunden habe. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Soziale Uebersicht.

Krankenkassen. Den nachbenannten Krankenkassen: 1. Vereinigte Sterbe- und Krankenkasse zu Französisch-Buchholz, 2. Berliner freiwillige Krankenkasse (G. H.), 3. Krankenkasse des Kaufmännischen Vereins zu Hannover (G. H.), 4. Kranken- und Sterbekasse zu der allerhöchsten Jungfrau Maria und zum hl. Stanislaus (G. H.) in Lehenich, 5. Kranken- und Sterbekasse von Baumburg, 6. Allgemeine Handwerker-Kranken- und Unterstützungskasse

§ 5. Es sollen auch nach dieser Zeit alle Knechte in keinem Wirtshaus, noch Kasino oder Garten nicht jezen oder trinken, noch zusammenkommen; und wer das verbrähe, der bestraft 50 Mark u. f. w. wie in § 4.

§ 6. Es sollen auch alle Wirtshäuser und die solche Häuser haben nicht zulassen, daß solches geschähe; und wer das thäte, der bestraft 30 Mark. Doch geht alles dies nicht an Kaufleute, Meister und Bürger, so ehrliche, redliche Leute sind.⁵⁾

§ 7. Es soll niemand den Handwerkerknechten mehr Lohn geben als 2 Mark und 6 Pf. Biergeld. Die Knechte dürfen nicht denn beim Meister haufen. Der Meister soll ihnen geben Kochspeise und Kuchent (Hausbier mit sehr reichlichem Wasserzusaß) nach alter Gewohnheit. Gabe jemand darüber, der soll es büßen bei 5 Mark und 1 Tonne Bier für die Meisterschaft.⁶⁾

§ 8. Es soll weder Meister noch Knecht länger arbeiten des heiligen Abends im Winter als nach 8 und im Sommer als nach 4 Schlägen; des Werkeltages Winter und Sommer des Morgens nicht vor 4 und des Abends nicht nach 7 bei Strafe von 2 Mark.

§ 9. So ein Knecht mit Unwillen oder Unfrieden sich scheidet von seinem Meister, den soll kein Meister nehmen binnen Jahr und Tag.

Es folgen nun noch viele schöne Paragraphen, die wir aber nicht alle abdrucken können. Wir geben daher nur noch den Schlusssatz.

§ 10. Und welcher Knecht sich wider diese verschiedenen Stück Punkte und Artikel setze und ihnen nicht nachgehen wolle, den sollen alle andern Meister in diesem Kreise, Stadt und Handwerk nicht aufnehmen zum Knechte und ihn weder haufen noch hofen; und welcher Meister das verbrähe, der büßt vier Gulden.⁷⁾

Seider ist jene Kommune auf halbem Wege stehen geblieben und hat nur eine geringe Strafe auf die Uebertretung dieses Verbotes gesetzt, während doch jeder human Denkende zugeben muß, daß für ein so schweres Vergehen, wie das Ausgehen eines Handwerkerknechtes nach Dunkelwerden, 4 Wochen „Turm“ bei Wasser und Brot wirklich nur eine milde Strafe bedeutet.

§ 11. Eine sehr verständige Verordnung! Die Handwerkerknechte müssen im Winter um 9, im Sommer um 10 nach Hause gehen, damit sie am nächsten Tage ordentlich schlafen können. Die Meister und Bürger haben dann das Recht für sich und können in arbeitervereinen Lokalen in ehrlidher und redlicher Leute Gesellschaft der schweren Aufgabe des Bierverteilens obliegen, ihnen schlägt keine Polizeihunde.

§ 12. Gegenüber der ausschweifenden Forderung eines Minimallohnes, wie sie heute vielfach erhoben wird, ist es sehr angebracht, den in den alten Jünkten üblichen Maximallohn — versteht sich möglichst niedrig bemessen — wieder zu neuem Leben zu erwecken.

§ 13. Die Durchsicherung der Sonntagsruhe stimmt so sehr mit dem augenblicklich herrschenden Prinzip unserer Gesetzgebung überein, daß wir darüber nichts zu sagen brauchen; und wie wohlthuend steht der Forderung des Achtstundentages hier ein 15 stündiger Normalarbeitstag gegenüber!

§ 14. Den Handwerkerknechten ist in § 1 jede Koalition, jeglicher Streik, Boykott und dergleichen aufs strengste untersagt. Den Meistern müssen derartige Kampfmittel nicht nur erlaubt sein, ihnen werden sie geboten; ja es wird sogar auf die strenge Einhaltung eines Lockout eine hohe Konventionalstrafe gesetzt. Derartige sollten sich doch unsere Sozialistenfreier nicht entgehen lassen.

Neuestes allein wirksames Geseh zum Schutz des Handwerks.

II.

III Artikel, das Lehrlingswesen betreffend.

§ 1. Welcher Meister einen Jungen empfängt in die Lehrgasse, der soll darnach sehen, daß er recht sei von Vater und Mutter, daß er gestirmt oder confirmiert sei und daß er sich fleißig halte zum Hause und Tische des Herrn.¹⁾

§ 2. Niemand darf einen Jungen aufnehmen, dessen Eltern uneheliche Leute sind.²⁾

§ 3. Die Lehrzeit beträgt mindestens drei Jahre, doch kann sie auf Veranlassung des Meisters noch länger ausgedehnt werden.³⁾

§ 4. Welcher Junge das Amt lernen will, der soll dem Meister Lehrgeld geben 75 Mark, und soll geben dem Amt (also der gesamten Meisterschaft) eine halbe Tonne Bieres.⁴⁾

§ 5. Wäre es, daß ein Junge die Lehrjahre würde anfangen und dann entlese seinem Meister binnen dem ersten Jahre, so soll der Meister das Lehrgeld behalten.⁵⁾

§ 6. Welch Junge seinem Meister entläuft aus dem Dienst, der soll das Meisterrecht im Amt niemals erhalten.⁶⁾

1) In unserer Vorlage aus dem 15. Jahrhundert wird unbegreiflicherweise nur auf die eheliche Geburt Werth gelegt. Im Zeitalter der Kirchenbauten und der Religionserhaltung muß natürlich auf Kirchlichkeit ganz anderes Gewicht gelegt werden, hieraus erklärt sich der sinngemäße Zusatz. Vielleicht dürfte es sich empfehlen, die Lehrlinge erst auf ihre spätere Militärausbildung untersuchen zu lassen, und nur taugliche aufzunehmen, da ja die Erhaltung des Handwerkerstandes doch auch im Interesse unseres stolzen Kriegsheeres gefordert wird.

2) Im Mittelalter verstand man unter unehelichen Leuten Adulter und dergleichen, heute in der Reichenblüthe Stumm'scher Sozialreform ist natürlich unehelich gleichbedeutend mit sozialistisch, und Grundbedingung für einen Lehrling ist, daß seine Eltern weder Deher noch sonstige Angehörige der sozialdemokratischen Rote sind.

3) Diese Bestimmung wird niemand ungerecht finden, der bedenkt, daß der Lehrling in erster Linie für die Frau Meisterrin das Dienstmädchen ersetzen muß, und wie sehr es zur Bequemlichkeit des Meisters beiträgt, nicht fortwährend neue Dienstmädchen beziehungsweise Lehrlinge anlernen zu müssen.

4) Wenn ein Meister die Freude hat, einen Diensthofen zu erhalten, der ihm nichts kostet, sondern ihm sogar noch Lehrgeld zugebt, so ist es nur gerecht, daß auch den übrigen Meistern mit Freiber eine kleine Freude bereitet wird. Doch dürfte heute bei dem insolge des Kulturfortschritts entwickelten Durst der Meister eine halbe Tonne entschieden zu wenig sein.

5) Natürlich! Wenn der Meister durch Entlaufen des Lehrlings gezwungen ist, sich einen Diensthofen zu verschaffen, so muß er sich mindestens doch am Lehrgeld schadlos halten können.

6) Strafe muß sein. Wie könnte auch die väterliche Zucht und das stille Moment, das beim Lehrlingswesen immer betont wird, zur Geltung kommen, wenn sich ihnen der Junge ohne weiteres entziehen könnte!

(C. H.) zu Mülheim a. d. Ruhr, 7. Landesrechtliche Hilfskassen-Verordnungen, 8. der Krankenkasse „Hansa“ in Hamburg, 9. der Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse „Hülse“ (C. H.) in Kassel, ist auf Grund des § 75a des Krankenversicherungs-Gesetzes in der Fassung vom 10. April 1892 (R. G. Bl. S. 376) die Bescheinigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 a. a. O. genügen. Die auf Grund des § 75a des Krankenversicherungs-Gesetzes der Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse und Sterbekasse „zum Bunde“ in Frankfurt a. M. erteilte Bescheinigung ist widerrufen worden.

Zur Invaliditäts- und Altersversicherung hat das Reichs-Versicherungsamt entschieden, daß die Fortsetzung eines durch den Tod des Rentenbewerbers unterbrochenen Verfahrens ohne ausdrückliche Zustimmung der Erben nicht statthaft ist. Auch sind nicht nur sämtliche Erben gleichzeitig berechtigt, das unterbrochene Verfahren weiterzubetreiben, sondern es steht jedem einzelnen von ihnen dieses Recht zu.

Invalidenrenten-Ausprüche werden vielfach aus den Folgen von Betriebsunfällen hergeleitet. In der Regel wird es dann der Fall sein, daß die gewährte Unfallrente mehr beträgt, als die aus demselben Anlaß zu gewöhnliche Invalidenrente; die letztere wird also nicht ausbezahlt. Umgekehrt ist es aber auch schon vorgekommen, daß die Unfallrente weniger beträgt als die Invalidenrente. In solchen Fällen haben verschiedene Versicherungsanstalten es abgelehnt, den Differenzbetrag zur Auszahlung anzuwenden. Das Reichs-Versicherungsamt ist dieser Ansicht nicht beigetreten. Wenn im allgemeinen auch zugegeben sein mag, daß die Gewährung einer doppelten Fürsorge für die gleiche Zeit nicht den Absichten der Gesetzgebenden Faktoren entspricht, so habe doch andererseits der Invalide ein unbedingtes Anrecht darauf, für seine Erwerbsbeschränkung entsprechende Entschädigung zu werden. Soweit das Unfallversicherungs-Gesetz hierzu keine Hand bietet, wüsste also außerdem noch die Invaliditätsversicherung eintreten.

Arbeitererfisk. Das Salzbergwerk Friedrichshall bei Jagstfeld in Württemberg wurde am 16. d. M., morgens von einem schweren Unglück heimgesucht. Unter erheblichen Bewegungen drang sogenanntes Wildwasser in die Grube ein, so daß sich das Gelände senkte, 1000 Kubikmeter Wasser drangen in der Stunde ein, so daß die Maschinen daselbst nicht mehr auspumpen können, das Bergwerk gilt daher als verloren. Menschen sind dabei nicht verunglückt. 150 Bergleute sind auf längere Zeit oder dauernd brotlos.

Erhöhung der Schuhpreise. Eine Versammlung selbständiger Schuhmacher von Mainz beschloß, in anbetrach der teilsfälligen Steigerung des Lederpreises eine Preisserhöhung für sämtliche Schuharbeiten und Reparaturen vor 10 pCt. eintreten zu lassen. Die Erhöhung findet sofort statt. So zählt wieder immer das konsumierende Publikum die Kosten der von den Lederbaronen in Szene gesetzten Hauffe.

Die österreichischen Krankenkassen im Jahre 1893. Der amtliche Bericht über das Krankenkassenwesen in Oesterreich theilt folgende Statistik mit:

	Durchschnittliche Mitgliederzahl
552 Bezirks-Krankenkassen	685 778
1425 Betriebs-Krankenkassen	543 215
7 Bau-Krankenkassen	1 845
767 Genossenschafts-Krankenkassen	302 178
105 Vereins-Krankenkassen	307 077
2876	1 840 043

Der Bericht konstatiert eine Zunahme der Bezirks- und Genossenschafts- und einen Rückgang der Betriebskassen; natürlich wird hierdurch die Zersplitterung nicht wesentlich gemindert. Von den 802 178 Mitgliedern der 767 genossenschaftlichen Kassen entfielen nicht weniger als 167 011 auf die Genossenschaftskassen in Wien. Die finanzielle Situation der Kassen hat sich auch im Jahre 1893 wieder verschlechtert; die Zahl der mit Gebührensdefizit Behafteten stieg von 734 auf 840, und immer geringer wird die Zahl jener Kassen, welche ihren Reservefonds in der gesetzlich vorgeschriebenen Höhe dotieren können. Charakteristisch für die Durchführung des Krankenversicherungs-Gesetzes ist die relative Höhe der uneinbringlichen Kassenbeiträge, welche etwa 2,5 pCt der vereinnahmten Beiträge ausmachen; die Höhe der Rückstände ist nicht angegeben.

Die gesamten Einnahmen beliefen sich auf 15 062 557 fl. (davon 14 100 906 fl. laufende Beiträge), die gesamten Ausgaben auf 15 863 353 fl. (davon 12 230 879 fl. Kassenleistungen), die Gebührensüberschüsse auf 1 197 704 fl., die gesamten Reservefonds auf 9 001 014 fl. Von den 1 840 043 Mitgliedern erkrankten 697 404 in 864 122 Fällen; die Inanspruchnahme der Kassen durch die Mitglieder war sonach eine starke. Die verhältnismäßig geringe Sterblichkeit (1 pCt. der Mitglieder) erklärt sich aus dem Umstande, daß die alten gebrechlichen Arbeiter in der Regel aus der Beschäftigung ausscheiden und dadurch die Mitgliedschaft bei der Kasse verlieren.

Schließt man von den hier gezahlten Krankenunterstützungen auf den Lohn (das Krankengeld beträgt 60 pCt. des ordentlichen, 50 pCt. des wirklichen Tagelohnes), so ergibt sich ein Jahreslohn von 145 fl.; nach den Beiträgen zu schließen, ein solcher von 260 fl. jährlich oder 70 fr. täglich. Bei 15 Millionen Krankentagen resultiert ein Verdienstaufgang von 10,5 Mill. Gulden, dazu Beiträge der Mitglieder 9,8 Millionen Gulden, zusammen 20,3 Mill. Gulden. Da die Mitglieder bloß 12,2 Mill. Gulden in Form von Kassenleistungen erhielten, verbleibt ein Verlust von 8,1 Millionen Gulden. Man ersieht daraus, daß die Krankenversicherung den wichtigsten Zweck, Erlass des Verdienstaufganges, nicht entfernt erreicht, daß sie zum großen Teil eine Versicherung der Ärzte, Apotheker, Spitäler, Armenverwaltungen ist. Dieser Eindruck wird verstärkt durch die Tatsache, daß das Krankengeld (7 175 000 fl.) nur 50 pCt. der Beiträge, hingegen die ärztlichen Kosten (2,25 Millionen Gulden) 15 pCt., die Apothekerkosten (1,65 Millionen Gulden) 11 pCt., die Spitalverpflegungskosten (773 000 fl.) 6,5 pCt. und die Verwaltungskosten (1 098 130 fl.) 5 pCt. der laufenden Beiträge ausmachen.

Böhmische Wohnungsverhältnisse. Als deutlicher Beweis für den bedenklichen Zustand der Wohnungsverhältnisse in vielen Orten Böhmens darf wohl ein Erlaß des Statthalters an die Bezirkshauptmannschaften betrachtet werden. Der Statthalter erklärt, daß er sich selbst von dem unzureichenden Bauzustande zahlreicher Wohnungen überzeugen konnte; ganz besonders seien es die in ihren Dimensionen unzulänglichen, feuchten, Licht und Luft entbehrenden Couvertains und Kellerräume, welche besonders anlässlich der Hochwasserkatastrophe in Koscitz und Glubocap seine Aufmerksamkeit erregten. Der Erlaß richtet sich an den Landesauschuß mit der Aufforderung, alle ihm unterstehenden Organe zur strengen Durchführung der Bauvorschriften anzuhalten. Diese bedenklichen Zustände hätte der Statthalter freilich nicht nur in der Nähe der Landeshauptstadt, sondern mehr noch in den größeren Provinzialstädten finden können. Nicht nur daß der Großtheil aller von den Arbeitern bewohnten Wohnungen aus einem einzigen, oft sehr schmalen und knappen Raum besteht, spielen Schmutz, Ungeziefer und Banfälligkeit eine hervorragende Rolle. Am krasssten tritt aber der Mangel an ungenügenden Wohnungen bei den Bergarbeitern, die in Werkskolonien wohnen müssen, zu Tage. Diese „Wohlfahrts-Einrichtungen“ sind meist Räume, kaum hinreichend für zwei Personen, in denen jedoch sechs bis zehn Personen, Erwachsene und Kinder durcheinander, untergebracht sind, da die meisten verheirateten Arbeiter auch noch Kostleute ausgenommen haben. Wo dies der Fall ist, dort werden am Abend eine Reihe von Strohsäcken hergerichtet, auf welchen nebeneinander Platz

genommen wird. Daß in solchen Fällen von den Kindern auch moralisches Gift geathmet wird, ist klar. Ein ähnlicher Zustand herrscht für die Gewerbegehilfen und Dienstboten. Weist man hier die Schlafstätten in den Werkstätten oder in dazu gehörigen Nebenlokalen, wo Luft und Licht nur wenig Zutritt haben. Die Sanitäts-polizei wird übrigens in den industriereichen Gegenden Böhmens nur schlecht gehandhabt, von welcher Behauptung man sich besonders in den Städten Eger, Falkenau, Zug, Brüx u. s. w. überzeugen kann. Im allgemeinen könnte sich also, so merkt die Wiener „Arbeiter Zeitung“ Graf Thun noch von so manchem überzeugen.

Der Verband der französischen Jüdenhölzler. Arbeiter bemüht sich energisch für ein gesetzliches Verbot der Verwendung des weißen Phosphors in der Jüdenhölzler-Fabrikation. Von Seiten des Ministeriums wurde ihnen in diesen Tagen die Zusage gemacht, daß vom nächsten Jahre ab in den Fabriken der Jüdenhölzler-Monopolverwaltung kein weißer Phosphor mehr verwendet werden soll.

Die Glasbläser-Vereinigung von Charleroi (Belgien) haben beschlossen, wegen fehlen von Bestellungen den Betrieb zeitweise einzustellen.

Gewerkschaftliches.

Sämtliche Mittheilungen von Organisationen, vor allem solche über Ausstände oder Ausperrungen, müssen stets den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

Achtung, Schneider Berlins! Die Lohnkommission des Fachvereins der Konfektions- und Maasschneider Berlins und der Umgebung, hat sich konstituiert. Eventuelle Vorkommnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wolle man an den Vorsitzenden der Kommission, Herrn M. u. d. Christensen, 40, oder an den Schriftführer Herrn Otto Stegemann, Belfortstr. 25, Hof parterre, berichten. Es wird unser Bestreben sein, jedes Vorkommnis so gut wie möglich zu schlichten. Gleichzeitig ersuchen wir die Schneider und Schneiderinnen Berlins, sich dem Fachverein resp. dem Verband der Schneider und Schneiderinnen Berlins und der Umgebung anzuschließen, da es nur möglich ist, mit einer starken Organisation im Frühjahr 1896 in eine Lohnbewegung einzutreten. J. A.: Otto Stegemann.

Zu diesem Aufruf ist zu bemerken: Die Lohnkommission des Fachvereins der Konfektions- und Maasschneider Berlins ist eine Neugründung, zunächst mit dem löblichen Zweck, den bestehenden Wirrwarr zu vergrößern. Die Aufforderung zu einer starken Organisation wird solange ohne Wirkung bleiben, bis die beteiligten Personen zur Einsicht kommen und ihre Quertreiberei ausgeben. Diese Einsicht kommt in den meisten Fällen ja leider erst dann, wenn die betreffenden durch ihre unfinnige Taktik alles zerstört haben. Für die Kollegen und Kolleginnen, welche kein Interesse daran haben, zu ihrem eigenen Schaden und zum Vortheil der Unternehmer die Quertreiberei mitzumachen, geben wir bekannt, daß nur die unterzeichnete Agitationskommission, deren Neuwahl jährlich in öffentlicher Versammlung vollzogen wird, woran alle Branchen teilnehmen und wozu alle, die es angeht, eingeladen werden, befugt ist, die Angelegenheiten der Kollegen und Kolleginnen zu vertreten. Ebenso hat nur sie die öffentliche Agitation zu leiten. Alle diesbezüglichen Wünsche und Anregungen sind an unser Zentral-Arbeitsnachweis- und Auskunfts-Bureau, Schützenstraße 18/19, Nr. 11, Bänder, zu richten.

Die nach den Beschlüssen des Halberstädter Gewerkschafts-Kongresses und der stattgehabten Schneiderkongresse zulässige Organisation ist der Deutsche Schneider- und Schneiderinnen-Verband. Alle anderen Organisationen sind Neugründungen, die den einheitlich gefassten Beschlüssen zuwiderlaufen.

Wir bemerken noch, daß die am Montag, den 25. d. M., bei Keller tagende Versammlung von den Quertreibern Gubela'scher Richtung einberufen ist.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins. J. A.: J. Timm, Vertrauensmann.

Achtung, Vergolder! Der Generalfreik in Berlin dauert fort. Zugut bitten wir streng fern zu halten. Die Arbeiterpresse des In- und Auslandes wird um Abdruck gebeten. Montag Abend 8 Uhr findet in der Ressource, Kommandantenstr. 57, eine öffentliche Vergolder-Versammlung statt. Wir erwarten den Besuch aller an dem Generalfreik Interessierten. Die Agitationskommission.

An die Massenbewussten Arbeiter!

Die schon seit Jahren in Aussicht genommene Lohnbewegung der Berliner Vergolder hat am 9. September 1895 ihren Anfang genommen. Auf sich und die übrigen Arbeiter angewiesen, stehen die Arbeiter der Berliner Goldleisten-Industrie im Kampfe um die Abschaffung der Altkorarbeit. Die am 9. September er. stattgefundene Versammlung der im Vergolder- und verw. Gewerben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins fasste folgende Resolution:

„Die pp. Versammlung beschließt, das Altkor-System abzuschaffen; die Fabrikanten werden aufgefordert, das Lohnsystem einzuführen, sowie 9 1/2 stündige Arbeitszeit und einen Minimallohn von 21 M. zu bewilligen. Der Generalfreik ist so lange aufrecht zu erhalten, bis die Fabrikanten sich mit der Kommission in Unterhandlungen eingelassen bezw. von letzterer die einzelnen Werkstellen, wo diese Forderungen bewilligt wurden, freigegeben werden.“

Trotz dieser bescheidenen Forderung von 21 M. als Minimallohn, ist das Unternehmertum nicht gewillt, diese allerersten und gerechtesten Ansprüche der Arbeiter irgendwie auch nur in Erwägung zu ziehen, viel weniger sie zu erfüllen, falls es nicht durch einen äußeren Druck dazu gezwungen wird. Zusehends gilt von der Forderung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit. Je schneller die Berliner Kollegen diese Forderungen durchsetzen, um so schneller werden die Kollegen der anderen Städte diesem Beispiel folgen. Daher die Solidarität des Unternehmertums. Nicht aus Eigennutz haben die Berliner Kollegen die Arbeit niedergelegt. Nicht leichtsinnigerweise verlassen solche, welche das ausnahmsweise Glück hatten, 10 bis 15 Jahre in einem und demselben Geschäft für einen weit unter den ordentlichen Tagelohn gestellten Verdienst gearbeitet zu haben, ihre Arbeitsstätte. Nicht aus Uebermuth griffen die Berliner Kollegen zur Waffe des Streiks. Nur die systematisch betriebenen Lohnherabsetzungen der Unternehmer, deren Sucht nach Gewinn, sowie die hierdurch bedingten Entbehrungen zwangen die Arbeiter, den Kampf aufzunehmen. An sämtliche Kollegen, Arbeitsgenossen aller Länder, richten wir die dringende Aufforderung, durch Veranstaltung von Sammlungen sowie durch Juwelen aus Vereinsmitteln die kämpfenden Goldleisten-Arbeiter Berlins zu unterstützen. Wenige Wochen nur vermag die mächtige Goldleisten-Industrie Berlins den Streik auszuhalten und müssen die Vergolder Berlins, unterstützt ihr, sie, siegen. Das Kapital, welches ohne die Arbeit anderer sich selber aufrichtet, muß nachgeben. Die Kollegen und Arbeitsgenossen in allen Orten sind ersucht, schnellstens das erforderliche zu veranlassen und die Arbeiter der anderen Berufe für die Unterstützung der Berliner Goldleisten-Arbeiter zu interessieren. Die Zahl der zu Unterstützenden beträgt ca. 600 Personen.

Den Ertrag der gesammelten Gelder beliebe man an den Hauptkassirer des Verbandes der im Vergolder- und verwandten Gewerben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Heinrich Späth, Berlin-Moabit, Wilhelmsstraße 39, einzusenden.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolder u. s. w. Franz Marx, Vorsitzender, Oppelnerstr. 43, vorn 4 Tr.

Achtung, Metallarbeiter Schönebergs und der Umgegend! Am Sonntag, den 22. d. M., findet eine Flugblatt-Vertheilung des Metallarbeiter-Verbandes in Steglitz, Friedenau und Zehlendorf statt, um die Indifferenzen zur Arbeiterorganisation heranzuziehen. Wir hoffen, daß sämtliche Mitglieder der Verwaltung Schöneberg sich daran beteiligen werden. Treffpunkt früh 6 Uhr Schöneberg Haupt- und Tempelhofer-Strassen-Ecke. Ferner bitten wir die Sammelstellen des deutschen Metallarbeiter-Verbandes abzugeben. Die Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Sattler. Der Zugzug ist ferngehalten von Berlin, Rönin und Noidorf bei Bonn. Wer in Ueberfeld-Barmen Arbeit zu haben wünscht, hat sich an die dortigen Ortsverwaltungen zu wenden; das Nachfragen in den Fabriken ist streng untersagt.

Sattler und Tapezierer! Da in der jetzigen Zeit der Militärausgaben es vor allem nothwendig ist, daß bestimmte Bekanntmachungen schnell verbreitet werden, die nur 14tägig erscheinende „Sattler- und Tapezierer-Zeitung“ dazu also nicht ausreicht, beschloß Vorstand und Ausschuss des Verbandes in gemeinsamer Sitzung, an den Sonnabenden, an denen keine Fachzeitung erscheint, unter dem Titel: „Mittheilungen an die Mitglieder des Verbandes der Sattler und Tapezierer“ ein Flugblatt herauszugeben. Auf diese Weise erfahren die Berufsangehörigen allmählich, wie die Angelegenheiten im Verlaufe stehen. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die „Mittheilungen“ umsonst; für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis während der ganzen Zeit des Erscheinens 3 M. Die Redaktion, Verlag und Expedition befindet sich in Händen von Johann Sassenbach, Berlin N., Invalidenstr. 145.

Die Tapezierer Münchens bitten wegen Lohnbewegung den Zugzug fernzuhalten.

Streiks in der Metallindustrie. Zugut ist ferngehalten: Leipzig-Eutritsch (Motorenfabrik Grob u. Co.); Schläger von Gärth i. B.; Klemper von Königsberg i. Pr.; Feilenhauer von Erfurt und Ludwigshafen (Renner u. Siegmund); Magdeburg (Feilenfabrik von Wehr. Ufer); Messerschmiede, chirurg. Instrumentenmacher von Berlin (Dewitz u. Herz), Tattlungen (A. Storz); Schmiede und Kesselschmiede von Nürnberg (Scharrer u. Grob); Bauwerkstoffe von Rassel und Freiburg i. B.; Würtler und Spengler von Offenbach (Emballagefabrik von Hermann); Klemper von Mülhausen im Elsaß; Dreher und Schlosser von Mannheim (Neuling); Schlossschmiede von Schwelm (Bever u. Koppmann); Schlosser und Maschinenarbeiter von Aarhus und Kopenhagen (Dänemark); Emailarbeit von Brünn, Anittelfeld und St. Michael.

Die Glasbläserarbeiter des Isergebirges, deren Glend durch die Hungerrevolte vom Jahre 1889 weltbekannt ist, stehen schon seit einigen Wochen im Kampfe mit den Exporteuren. Was verlangen sie? Die Einhaltung eines Minimallohnes, nach welchem sie bei täglich 14stündiger Arbeitszeit kaum 50 fr. verdienen! Die Exporteure weigern sich, diesen horrenden Minimallohn zu zahlen, und halten in der Absicht die Bestellungen zurück, diese Verurtheilten aller Armen zur Anerkennung ihres verbrecherischen Hungerlohnes zu zwingen.

Dadurch sind 600 Glasbläserarbeiter schon wochenlang ohne Arbeit und Brod, und wenn es ihnen gelingt, noch vier Wochen auszuhalten, ist der „Sieg“ auf ihrer Seite, wenn man überhaupt bei Erreichung eines Schandlohnes von 50 fr. per Tag von einem Siege sprechen kann.

Die österreichische Gewerkschafts-Kommission fordert zur Unterstützung der Streikenden auf und bittet, Geldsendungen an Anton Huber, Wien VI/1, Kopernikusgasse Nr. 12 richten zu wollen.

Der 2. Kongress der Gastwirthsgehilfen findet vom 22. bis 25. Oktober in Hamburg statt.

In Mülhausen i. Els. ist am Dienstag, den 17. d. M., ein partieller Textilarbeiter-Streik ausgebrochen. Der Ausstand beschränkt sich auf die Kammgarnspinnerei Baderich u. Cie., wo zur Zeit die vergleichsweise niedrigen Löhne gezahlt werden. Von ca. 90 in der Fabrik über Tag beschäftigten Aussehern streiken 50, etwa 15 haben im Wege der Ständigkeit die Arbeit verlassen und der Rest wird voraussichtlich alsbald folgen, was den Stillstand der ganzen Spinnerei zur Folge hätte. Die Ausseher verlangen, um ihren Kameraden in anderen Fabriken gleichgestellt zu werden, einen Minimallohn von 86 M. pro Tag (2 Wochen) und die Einführung eines gesunden Trinkwassers, da in der letzten Zeit infolge des Genusses verdorbenen Wassers mehrere Arbeiter erkrankt sind, was weder die Fabrikleitung noch die Polizeibehörde zum Einschreiten veranlaßt hat.

Versammlungen.

Die Orts-Krankenkasse für Handlungsgelassen und Lehrlinge hielt am 13. d. M. ihre Generalversammlung ab, um sich darüber schlüssig zu machen, ob mit dem „Verein der freigeschaffenen Kassendärzte“ oder dem „Verein Berliner Kassendärzte“ abgeschlossen werden sollte. Nach einem ausführlichen, mit reichem Zahlenmaterial belegten Referat der Vorsitzenden der Kasse und einem längeren Referat des Herrn Heymann, das sich weniger mit dem vom Referenten vorgebrachten Material, aber desto eingehender mit Formfragen beschäftigte, und nachdem noch ein Vorstandsmitglied der Arbeitnehmer gesprochen hatte, wurde der Antrag auf Schluß angenommen. Mit großer Mehrheit wurde hierauf der Vorstand beauftragt, mit dem „Verein Berliner Kassendärzte“ einen Vertrag für das Jahr 1896 abzuschließen.

Textilarbeiter. Am 14. d. M. hielt die Filiale I der Textilarbeiter und Arbeiterinnen ihre Versammlung ab, in der Genosse Koye einen von der Versammlung beifällig aufgenommenen Vortrag über „Die Entwicklung des Kapitalismus“ hielt. Hierauf erläuterte der Kassirer Bericht über das II. Quartal 95. Die Einnahmen mit Einschluß des Kassenvortrages betrugen 708,37 M., die Ausgabe 368,71 M. Somit verbleibt ein Bestand von 339,66 M.

Zum Bibliothekar wurde Kollege Kohl einstimmig wiedergewählt. Die Revisoren bestätigten die Wichtigkeit des Ueberwachungs vom Stiftungsfest, worauf das Vergnügungskomitee entlastet wurde. Ferner wird der Antrag angenommen, vom Ueberfluß des Stiftungsfestes (98,60 Mark) dem Bibliothekar 30 M., das übrige dem Vertrauensmann zu überweisen. Ueber den Antrag, eine Partie nach Rommow zu veranstalten, wird zur Tagesordnung übergegangen. Ferner wird noch bekannt gegeben, daß am 23. d. M. eine öffentliche Versammlung stattfindet. Nachher fand ein gewöhnliches Beisammensein mit Tanz statt.

Eine Mitgliederversammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter für den Norden fand am 14. September in der Adlerstraße 145 bei Wigel statt. Genosse Sassenbach hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Währungsfrage. Kollege Drabid theilt mit, daß in der nächsten für den Süden einberufenen Versammlung der Antrag des Vorstandes, die Unterstützung an Streikende pro Person auf 15 M. und für jedes Kind auf 1 M. festzusetzen, zur Diskussion steht. Ueber den Pflaßschen Streik fand eine längere Diskussion statt. Neu aufgenommen wurden 4 Kollegen.

Die Bildhauer hatten sich am Sonntag, den 15. September, recht zahlreich mit ihren Angehörigen im „Keller'schen Saal“ in der Kopenstrasse versammelt, um einen Vortrag des Genossen Rinn über Nordans: „Konventionelle Ethen“ zu hören. Dupont forderte zur thätigsten Unterstützung der streikenden Drechsler und Berliner Steinbildhauer auf. Kewig giebt noch bekannt, daß die nächste Vereinsversammlung nicht Dienstag, sondern Donnerstag, den 19. d. M., stattfindet. — Nach Schluß der Versammlung hielt noch ein Längchen die Anwesenden einige Stunden in fröhlicher Stimmung beisammen.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Für den Inseratenthail verantwortlich: Th. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.